

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er erscheint täglich außer Montag.
Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 8,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Breslau, Sonntag, 17. Januar 1892.

3. Jahrgang.

Der schwarze Turm.

Auch der Turm des Zentrums würde nicht fester stehen, als ein von Kinderhand aufgebautes Kartenhaus, wenn er sich nicht auf die arbeitenden Klassen des deutschen Volkes stützte.

In politisch bewegten Zeiten ist es Sitte — wir können auch mit demselben Rechte sagen: Unsitte — dem Arbeiter von allen Parteien aus Honig um den Mund zu schmieren. Je reaktionärer man ist, desto heuchlerischer verfährt man dann.

Das Schicksal jeder einzelnen politischen Partei hängt zweifellos von der Haltung der arbeitenden Volksklassen ab, und darum richtet jeder Politiker sein Augenmerk auf diesen über Sein und Nichtsein entscheidenden Faktor.

Da fliehen denn selbst die Auserkorenen der Stockreaktion und St. Manchesters von Versicherungen ihrer Liebe für den Bruder Arbeiter über. Ein ganz Bedeutendes auf diesem Gebiete leisten auch die beiden Orden der tonsurirten und geschittelten Priester, sowie besonders die politische Vertretung des Katholizismus, das Zentrum.

Was auf herartige Liebesbetenerungen im allgemeinen zu geben ist, das ist den denkenden Arbeitern bekannt.

Die Zentrumsparthei entwickelte sich nach dem Tode Windthorst's mehr und mehr nach rechts und hält als ausschlaggebende Partei den Reichstag ganz und gar im reaktionären Fahrwasser.

Die schwarzen Vertreter „lichter“ Wahrheiten berufen sich besonders darauf, daß sie die natürlichen, die einzigen Berater und Helfer der Mithseligen und Beladenen seien. Wir werden sofort sehen, wie es mit ihrer Hilfsbereitschaft stand und noch steht.

Das Christentum verließ die Wege, die das Urchristentum mit kräftigem Fingerzeig durch seinen genialen Begründer gewiesen. Der demokratische Kern seiner Lehre, der auf einen Ausgleich der gesellschaftlichen Gegensätze abzielte, wurde wie die Pest geflohen und, wo er in ungezählten Aufständen des Altertums und Mittelalters emporlodern sein Haupt erhob, mit Hilfe und unter besonderer Betätigung eben dieses Christentums, dem er den Ursprung gegeben, in Strömen Blutes Weiterblickender erstickt.

Von einigen hierarchischen Seitenzweigen abgesehen, hat sich die Kirche, unbekümmert um das Volkswol, der Staatsallmacht in jeder Façon gebeugt.

Warum nun jetzt dieses heuchlerische Liebeswerben der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums, um die Gunst des arbeitenden Volkes? Man sagt, daß die alte Weltordnung von sehr irdischen Gewalten erschüttert wird; da gilt es also, für alle Fälle sich für sorglich zu sichern.

Man wendet Beschwichtigungsmittel an. Man „macht“ in Arbeiterschutz. Die Arbeiter aber fangen an, immer klarer ihre Klassenlage zu betrachten, und da gebraucht man das beliebte Mittel: Etwas Sand in die Augen.

Die frommen Herren müssen sich wenigstens den Anstrich geben, als ob sie etwas Keelles bieten wollten. Die Vertrauensseligkeit auf die himmlischen Genüsse ist nicht mehr recht zugkräftig. — Ueberall wankt es in den Zentrumsreihen. Wir haben es bei den Wahlen erlebt, daß in katholischen Gegenden die Arbeiter in Kompagnien und Bataillonen zum sozialdemokratischen Lager übergingen. Nun zieht man wieder dünne Rohrdämme, um das Hochwasser abzuhalten. Das nützt aber alles nichts mehr. Es ist zu spät!

Wozu wenden die geistlichen Herren und ihre Gefolgschaft überhaupt solche höchst irdischen Schutzvorrichtungen an, da sie doch vorarbeiten, unerschütterlich an die Weisheit der göttlichen Vorsehung zu glauben? Wollen sie sich vielleicht als Vollstrecker des göttlichen Willens ausgeben? Oder haben sie die Vorsehung zu lenken und zu verbessern? Glauben sie wirklich, dann mögen sie gefälligst den Dingen ihren Lauf lassen.

Die Arbeiter bedürfen jedenfalls keiner Scheinhilfe. Wie kläglich waren die Leistungen des Zentrums bei Gelegenheit der Arbeiterschutz- und Krankentassen-Novelle im Reichstage!

Wir ignorieren im politischen Kampf nach Weg, Richtung die Kirche mit ihren Traditionen und Dogmen, denn wir haben uns gegenüber den Ultramontanen die Aufgabe gestellt, die zweideutige Haltung des Zentrums in den letzten Jahren, wie in dem politischen Kampf der letzten Wochen und Tage, sein offenes Borkreuz der Bourgeoisinteressen, wo sich dazu heute eine scheinliche oder unschuldige Gelegenheit bietet, den offensibaren Verrat aller freiheitlichen Forderungen auf politischem Gebiete zu kennzeichnen.

Mögen immer mehr Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern sich darüber im Lager des Zentrums klar werden, daß das Zentrum „geschwenkt“ hat, d. h. daß eine Frontveränderung stattgefunden hat. Die Partei, die vorgiebt, für Freiheit und Recht zu kämpfen, sie ist eine vollständig reaktionäre Regierungspartei geworden.

Die Partei, welche vorgiebt, für Freiheit und Recht zu kämpfen, sie sichtet für Profitmacherei, für das unverhüllte Ausbeutungssystem des Unternehmertums und des Kapitalismus.

Wir werden bemüht sein, die Religion in diesem Kampfe unbehelligt zu lassen und die religiöse Meinung

Trommelklang.

Mel.: Ich hatt einen Kameraden . . .

Horch, es wirbelt Dampf eine Trommel an jedes fernste Haus!

Sie lockt wie Menschenworte,

Sie mahnt an jedem Orte:

Wacht auf! heraus, heraus!

Wie sie wirbelt stolz für die Gleichheit und für die letzte Schlacht!

Sie kann keinen Kühnen missen,

Sie ruft wie das Gewissen

Bei Tage und bei Nacht.

Sald geheimnisvoll, bald offen wirbt sie ihr Aufgebot!

Wir alle wollen ringen,

Treu unser Werk vollbringen —

In Freiheit oder Tod.

Better Fritz.

Nachdruck
verboten.

Von Erdmann-Chatrican. Uebersetzt von Ludwig Pfau.

(Fortsetzung.)

„Ja, 's ist bedauerlich,“ rief Fritz aus und leerte dabei sein Glas; „höchst bedauerlich! Ich erinnere mich noch recht gut der Zeit, wo in meiner Jugend alle guten Bürger mit Weib und Kind auf die Dorfmärkte zogen; jetzt hocht man zu Hause, es ist ein Ge-

eignis, wenn einmal einer aus der Stadt geht. Auf den Jahrmärkten wurde gesungen, getanzt, nach der Scheibe geschossen, man war in der frischen Luft; aber unsere Vorfahren wurden auch hundert Jahre alt; sie hatten blühende Gesichter und kannten nicht die Gebrechen des Alters. Wie schade, daß man nicht mehr auf diese Märkte geht.“

„Ach, das“, rief Gahn, der gern auf seinem Stedensperd der alten Sitte ritt, „das, Kobus, kommt von der Vermehrung der Verkehrswege her. Früher, als es noch wenige Landstraßen und nur Bignalwege gab, sah man noch nicht so viele Handlungsreisende, welche in jedem Dorfe ihren Pfeffer und Zimmt, oder ihre Striegel und Bürsten, oder Stoffe aller Art ausboten. Der Gewürzkrämer, der Kurzwarenhändler, der Tuchhändler kamen Einem in's Haus. In jeder Familie wartete man mit den Einkäufen für die Haushaltung, bis so ein Jahrmarkt kam. Diese Märkte waren daher auch viel reicher ausgestattet und schöner; da die Kaufleute sicher waren, ihre Ware los zu werden, kamen sie von weit her. Das war die gute Zeit für die deutschen Messen in Frankfurt, Leipzig und Hamburg, für die französischen in Beaucuire, für die flandrischen in Lüttich und Gent. Heutzutage ist fortwährend Messe, und bis in die kleinsten Dörfer kann man für sein Geld alles bekommen. Jede Sache hat ihre gute und ihre schlechte Seite; wir können bedauern, daß das Sachhüpfen und Sammelschießen aufgehört hat, und uns doch über die natürliche Entwicklung des Verkehrslebens freuen.“

„Nichtsdestoweniger sind wir Giel, immer auf derselben Stelle zu hocken,“ entgegnete Fritz, „anstatt uns zu amüsiren, guten Wein zu trinken, zu tanzen, zu lachen, und es uns wol sein zu lassen. Wenn man deshalb nach Beaucuire oder nach Flandern gehen müßte, da könnte man sagen, das sei ein wenig welt; wenn man aber in seiner nächsten Nähe so lustige Jahrmärkte im alten Styl haben kann, so scheint mir, täte man wol daran hinzugehen.“

„Ja, wo denn?“ rief Gahn aus.

„Da, in Garzweiler, in Rorbach, in Klingental und an vielen anderen Orten. Und halt, man braucht nicht einmal so weit zu gehen, ich erinnere mich noch recht gut, daß mein Vater mich alle Jahre auf den Bisheimer Jahrmarkt mitnahm, und daß es da delikate Pasteten gab, delikate!“

Er rüfste die Spitzen seiner Finger; Gahn sah ihn verfleinert an.

„Und daß man da Strebse bekam,“ fuhr er fort, „so dick wie meine Faust, viel besser als die Possekrebsse und einen recht . . . recht leidlichen weißen Landwein; 's war freilich kein Johannaberger oder Steinberger, aber er ließ sich ganz gut trinken!“

„Ei,“ rief Gahn aus, „warum hast Du uns das nicht schon lange gesagt? Wir wären hingegangen. Ja, wahrhaftig, Du hast recht, ganz recht.“

„Warum? Ganz einfach, weil ich nicht daran gedacht habe.“

„Und wann ist denn der Jahrmarkt?“ fragte Gahn.

nicht zu verlegen. Es ist dies freilich um so schwieriger, als wir verpflichtet sind, mit rücksichtsloser Schärfe gegen kirchliche Unduldsamkeit, geschichtliche Unwahrheit und wissenschaftlich oder künstlerische Halbheiten vorzugehen. Ohne die allgemeine Erfüllung dieser Pflicht ist ein Sieg über das Zentrum ausgeschlossen.

Der Fehdehandschuh ist von der Sozialdemokratie dem Ultramontanismus mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hingeworfen worden.

Der Kampf ist nun überall in Deutschland entbrannt.

Möge daher jeder Sozialdemokrat seine volle Pflicht tun und den Hauptangriff gegen das Zentrum als politische Partei richten.

Das Zentrum ist unfähig, den ausgebeuteten Berg- und Industriearbeiter wie den Dividendenhändler, den geknechteten Landproletarier wie den feudalen agrarischen Junker gleichzeitig so zu vertreten, daß dadurch die Interessen all dieser Gesellschaftsklassen gefördert werden könnten.

Wer das Gegenteil behauptet, läßt ganz unverschämte; denn die verschiedenen sozialen Schichten haben weltverschiedene Interessen, Forderungen und Ziele.

Das Zentrum will einerseits den Junker und Fabrikanten, andererseits den Stadt- und Landproletarier durch Verfolgung derselben Politik befriedigen.

Das ist unmöglich, ja noch mehr: es ist — Schwindel. Schwindel, — weil die ökonomischen Gegensätze vorhanden, weil die Klassengegenstände in der modernen Gesellschaftsordnung unausrottbare sind.

Jetzt aber kommen die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit und der Klassengefährlichkeit und dieses Bewußtsein ist es, das den Ultramontanismus zerbrechen und den schwarzen Turm wie einen Korbhalm zerknicken wird.

Nicht ein Mann der alten bürgerlichen Parteien — das programmlose, wesentlich konservative Zentrum mit eingeschlossen — hat heute noch den Mut der Ueberzeugung, das anzukündigen, was die andern in tiefster Seele denken, die Ablehnung des Arbeiterschutzes. Denn auch der unverfälschteste Vertreter der bürgerlichen Weltanschauung würde über kurz oder lang in der Arbeiterfrage dem Hochdruck der deutschen bürgerlichen Welt, die durch die moderne Arbeiterbewegung in ihren Fundamenten erschüttert ist, nachgeben. Und dann würde eine körperlich und geistig gehobene Arbeiterklasse der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten.

Rührt sich die Bourgeoisie aber in dieser Sache nicht, dann sammeln sich die Arbeiter erst recht um das Banner der Sozialdemokratie.

Die Ultramontanen nehmen also der Sozialdemokratie auf die Dauer den Wind nicht aus den Segeln. Unter dem Krummstab mag es sich gut wohnen, aber nicht für die Freiheit, nicht für das Licht und eine höhere Erkenntnis, nicht für die Arbeiter.

Sobald die Arbeiter wirklich von dieser Denkweise durchdrungen sind, dann bricht der schwarze Zentrums-turm krachend zusammen, und keine weltliche oder überweltliche Macht vermag seinen Zusammensturz auch nur um einen Augenblick zu verzögern.

In ihrer unglaublichen Verbohrtheit schrieb die hiesige „Volkzeitung“ vor einiger Zeit wörtlich:

„Die Mühe und Entbehrung, welche mit der Arbeit verbunden ist, nimmt allein von der Erde den Fluch, welcher seit dem Sündenfall an ihr haftet.“

Also mühet Euch und entbehret, Arbeiter, damit der göttliche Fluch von der Erde genommen werde!

Wir lassen uns durch derartige kirchlich-dogmatische Anschauungen nicht zu eingehenden Entgegnungen verlocken.

Jeder, der über ein wenig gesunden Menschenverstand verfügt, wird der „Volkzeitung“ die richtige Antwort zu geben vermögen.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Aus dem Reichstag. In der 147. Sitzung wurde die Beratung des Etats fortgesetzt, und es zeigte sich im Anfang der Debatte, als Herr v. Meier (Ainswalde) und Staatsminister v. Bötticher sprachen, daß die deutsche Kunst das Stiefkind des deutschen Reiches ist.

Das ist keinesfalls verwunderlich, da ja ein eigentliches Kultusbudget überhaupt nicht vorhanden ist und die Förderung einer höheren Kultur wie das Aischenbröckchen im Märchen behandelt wird. Dabei ist es natürlich herzlich gleichgültig, wo das Denkmal des verstorbenen Kaisers Wilhelm aufgestellt und wie es ausgeführt wird. Das sind Fragen, die mit der wirklichen Kunst außer Zusammenhang stehen.

Die freisinnige Partei (Abg. Barth und Genossen) hat nachstehenden Antrag im Reichstag eingebracht: „Da es den Interessen der vertragschließenden Staaten entspricht, alle bei der Auslegung und Anwendung der Handelsverträge etwa entstehenden internationalen Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem und freundlichem Wege zu begleichen, werden die verbündeten Regierungen ersucht, mit den Regierungen derjenigen Länder, mit denen Handelsverträge zu Stande kommen, Vereinbarungen zu treffen, dahin gehend, daß alle aus den Handelsverträgen etwa entspringenden Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht zum Austrag gebracht werden.“

Im österreichischen Sollausschuß ist ein ähnlicher Antrag von Abg. Paetz eingebracht worden und hat dort die Mehrheit gefunden.

Weitere Vorlagen für den Reichstag. Der Drunkuchtsaeseigentwurf soll an diesem Donnerstag vom Bundesrat erledigt werden und alsdann an den Reichstag gelangen. Der Entwurf ist, wie wir bereits kurz andeuteten, bei der Beratung im Plenum des Bundesrats auch in seiner abgeänderten Fassung auf Widerspruch gestoßen. Es wird dies jetzt von offizieller Seite indirekt zugegeben, indem mitgeteilt wird, daß in Bezug auf das Gesetz, betreffend die Bekämpfung der Trunksucht, augenblicklich im Reichsamt des Innern noch Beratungen stattfinden, welche einige in der letzten Plenarsitzung des Bundesrats in Vorschlag gekommene Abänderungen der Ausschufsanträge

zum Gegenstande haben. — Auch das Gesetz über den Unterstüßungswohnsitz wird dem Reichstag noch so zeitig zugehen, daß, auch wenn die Session zu Ostern geschlossen werden sollte, es jedenfalls noch zur Verabschiedung gelangen kann. — Wenn das Trunksuchtgesetz in dieser Session an den Reichstag gelangt, ist an eine Verabschiedung desselben vor Ostern wol nicht zu denken.

Wenn die Auswanderung ein Beweis des Wohlstandes ist, wie Bismarck einst sagte, dann muß das vergangene Jahr in Deutschland als ein gesegnetes angesehen werden. Die Auswanderung ist in diesem Jahre und insbesondere im Monat November bedeutend gegen die Vorjahre gestiegen. Das letzte Monatsheft zur Statistik des Deutschen Reichs macht betreffs der überseeischen Auswanderung aus dem Deutschen Reich über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam folgende statistische Angaben:

Es wanderten auf dem angegebenen Wege aus 8835 Personen gegen 7345 im November 1890, 5622 im November 1899, 6108 im November 1888, 6691, 6140, 4889, 6183 und 8683 im November der Jahre bis 1883 zurück. Von den Auswanderern des letzten November kamen 2358, also mehr als ein Viertel der Gesamtzahl, aus Westpreußen und 1022 aus Posen. Seit Beginn 1891 bis Ende November sind im Ganzen 111 714 Personen ausgewandert, gegen 89 303, 87 402, 95 819, 97 247, 76 891 und 104 920 im entsprechenden Zeitraum der Jahre bis 1885 zurück. Von den Auswanderern des Jahres 1891 kamen 75 635 (1890 57 979) aus Preußen 10 941 (9467) aus Bayern, 5965 (5878) aus Württemberg, 4056 (3469) aus Baden, 3954 (2470) aus Sachsen, 2063 (1795) aus Hamburg u. s. w. Unter den preussischen Provinzen stehen bei Weitem obenan Posen mit 17 724 (1890 10 915) Auswanderern und Westpreußen mit 15 040 (10 520); dann folgen Pommern mit 9576 (8257), Hannover mit 6547 (5826), Brandenburg einschließlich Berlin mit 5538 (4027), Rheinland mit 4813 (3906), Schleswig-Holstein mit 4112 (3836), Hessen-Nassau mit 2945 (2163), Westfalen mit 2204 (2318), Sachsen mit 1845 (1420) und Hohenzollern mit 63 (97) Auswanderern. Also nur aus Westfalen und Hohenzollern war die Auswanderung geringer als im vorigen Jahre. Von den Auswanderern des November v. J. wurden 4808 über Bremen, 2492 über Hamburg, 153 über Stettin, 1170 über Antwerpen, 151 über Rotterdam und 61 über Amsterdam befördert. Außerdem sind noch befördert Auswanderer aus fremden Staaten über Bremen 5108, Hamburg 8678 und Stettin 484.

Obenan in der Zahl der Auswanderer stehen die Provinzen, die am meisten der Segnungen der Junkerherrschaft sich erfreuen. Wie die Pest scheint das Volk die Segnungen des „patriarchalischen“ Regiments zu fliehen, und wenn es nicht der Mangel an Mitteln zur Auswanderung verhindert, so würde die schon jetzt ungeheure Zahl der Auswanderer in Posen, Westpreußen und Pommern sich noch verdoppeln und verdreifachen. Die Großgrundbesitzer-Herrschaft mit

„Warie 'mal, ich meine, es sei am Peterstage gemessen.“

„Aber der ist ja morgen,“ fiel Hahn ein.

„Meiner Treu, ich glaube ja,“ sagte Fritz. „Wie gut sich das trifft. Sollen wir morgen nach Bisheim gehen, seid Ihr dabei?“

„Versteht sich, versteht sich,“ riefen Hahn und Schulz wie aus einem Munde.

„Und diese beiden Herren?“

„Sped und Hitzig entschuldigten sich mit ihren Geschäften.“

„Nun gut, so gehen wir drei,“ sagte Fritz und fand auf. „Ja, ich habe mich immer gern der Krabbe, der Pasteten und des weißen Landweins von Bisheim erinnert.“

„Da brauchen wir doch einen Wagen“, bemerkte Hahn.

„Schon gut, schon gut,“ antwortete Robus, während er die Beche bezahlte, „ich sorge für alles.“

Einige Sekunden später waren diese Kumpone auf dem Rückwege nach Hüneburg, und auf eine halbe Stunde weit konnte man sie die Güte der Fleischpasteten, Singschöpfen und Rühle auf dem Lande preisen hören, die sie, wie sie sagten, an die schöne Zeit ihrer Kindheit erinnerten. Der Eine sprach von seiner Tante, der Andere von seiner Großmutter, man hätte glauben sollen, daß der Klang der Bisheimer Klingelster die ehrbaren Matronen von den Toten wiedererwecken würde.

Auf diese Weise hoffte Fritz sich die Befriedigung zu verschaffen, Susel wiedersehen zu können, ohne bei irgend Jemand Verdacht zu erregen.

XV.

Man kann sich vorstellen, wie sehr sich Fritz freute. Allerhand Gedanken kreuzten sich in seinem Kopfe, wie prächtig und großartig er's geben wollte; er wollte Susel sehen und sich vor ihr in ungewohntem Glanze zeigen; er wollte sie gewissermaßen blenden und, um in ihren Augen Bewunderung zu erregen, dünkte ihm nichts schön genug.

Unter gewöhnlichen Umständen hätte er den Wagen und den alten Gaul eines gewissen Baptisi Krosmer gemietet; jetzt aber schien ihm das einen Robus unwürdig zu sein. Unmittelbar nach Tisch nahm er seinen Stod und begab sich in die Posthalterei auf der Kaiserlauterner Straße zum Meiner Johann Fahren, der in seinen Remisen zehn Postkutschen und in seinen Ställen an die achtzig Pferde hatte.

Fahren war ein Schöngüter, Besizer der großen Wiesen am Ufer des Lösser, ein reicher Mann und doch von schlichten Sitten; er war klein, unterseht, trug einen einfachen Leinwandhittel und einen großen Filzhut; sein achtstägiger Bart war ganz grau; seine runden Backen waren mit starken Runzeln gefurcht.

So traf ihn Fritz im Posthose, wo er die Pferde friegeln ließ.

Fahren, der ihn schon von Weitem kommen sah, ging ihm bis zum Torweg entgegen, nahm den Hut ab und grüßte ihn:

„Guten Morgen, Herr Robus, was verschafft mit das Vergnügen und die Ehre Ihres Besuchs?“

„Herr Fahren,“ antwortete Fritz lächelnd, „ich habe mir vorgenommen, mit meinen Freunden Hahn und Schulz eine Spritztour nach Bisheim zu machen. In der ganzen Stadt ist wegen der Feuernte kein Fuhrwerk aufzutreiben. Unter solchen Umständen, habe ich mich gesagt, kann ich nichts Besseres tun, als zu Herrn Fahren zu gehen und eine Postkutsche zu nehmen; zwanzig oder dreißig Gulden bringen einen nicht um, und wenn man sich einen vergnügten Tag machen will, darf man nicht knausern. Das ist mein Grundsatz.“

Der Posthalter fand dieses Reasonnement ganz in Ordnung und sagte:

„Herr Robus, Sie tun wol daran, ich bin ganz Ihrer Ansicht; wie ich noch jung war, da mußte ich alles bequem und nett haben; jetzt bin ich zwar alt, aber ich esse noch gerade ebenso; und für Leute, die es haben können, wie Sie und ich, ist es auch das einzig Richtige.“ (Fortf. folgt)

Literatur.

Die Zeitschriften. Monatschrift für Postbildung und Aufklärung. Herausgegeben von J. Beranek. Abonnementpreis: jährlich 4.50 Mark, halbjährlich 2.40 Mark, vierteljährlich 1.20 Mark. Reichenberg, Friedländerstraße 11 (Böhmen). Dezemberheft 1891.

Deutsche Worte. Monatshefte, herausgegeben von G. Bernerstorfer, Mitglied des österreichischen Reichsrates. Wien, Laube Gasse 15. Verbreitung für das Deutsche Reich: G. J. W. Reiff, Leipzig. Diese auf Monatshefte wird von Januar 1892 ab in erweitertem Umfang erscheinen, der Preis sich jedoch von 3.60 fl. nur auf 4 fl. erhöht.

ihren, zum Schutze der „Landwirtschaft“ erhobenen Kornzölle richtet Deutschland zu Grunde und treibt das Volk aus dem Lande.

Köln. Die hiesigen tapferen Deutschfreisinnigen sind fütlich entrüstet darüber, daß man ihnen den schweren Vorwurf der Feindschaft gegen das Reich gemacht hat. „Nein“, heißt es in einem Aufruf, den sie zu diesem Zwecke erlassen haben, voll Pathos, „wir wollen, daß der Volkswille in freier Wahl zum Ausdruck komme, auf daß der Kaiser über ein einmütiges, freies Volk regiere zum Heile und Segen des deutschen Vaterlandes.“

Ferientkoloniales. Regensburg. Der Einjährig-Freiwillige Kösch erhielt 18 Tage schweren Dunkelarrest, weil er einem ihn erzirenden Gefreiten geantwortet hätte: „Wegen Thuen laufe ich mir die Füße nicht weg.“

Die Sozialdemokraten wollen die Familien zerören, die Kinder von den Eltern nehmen, so heulen unsere Gegner. Dazu schreibt die „Schwäbische Tagespost“ aus Stuttgart:

„Diesen Sägen gegenüber ist es von Interesse, den Rechenschaftsbericht der hiesigen Olga-Krippe zu lesen. Nach demselben wurden im abgelaufenen Jahre an 279 Pflegetagen 11,463 Kinder im Alter von 6 Wochen bis zu 3 Jahren aufgenommen. Wer hat hier die Eltern und Mütter gezwungen, ihre kleinen Kinder im zartesten Alter der kasernenmäßigen Pflege zu übergeben? Doch nicht die Sozialisten! Es ist der Klassenstaat, der die Eltern zwingt, ihre Kinder fremder Pflege zu überlassen, um nur das nötige Brot verdienen zu können. Wenn man den Sozialisten kasernenmäßige Erziehung der Kinder in der künftigen Gesellschaft andichtet, dichtet man ihnen nur die Sünden der heutigen Gesellschaft an. Mutterliebe und Familienglück gedeihen nicht in der kapitalistischen Gesellschaft, für sie wird erst Boden geschaffen in der sozialistischen.“

Die Entvölkerung des platten Landes zu wehren, hat die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ allerlei „humane“ Vorschläge in petto. So empfiehlt sie, die Frauen erwerbsfähiger für das landwirtschaftliche Gewerbe zu machen, indem man sie durch die Begründung von Kleinkinder-Bewahranstalten u. s. entlastet. Eine Entlastung der Mutter nennt diese Korrespondenz ihre Belastung mit der Frohnarbeit am Pfluge. Bei der Entlastung der Mutter mag jener Schreiber wol an die Weiber der Bourgeoisie und des Junkertums gedacht haben, die sich der Sorge um ihre Kinder, deren Pflege sie fremden, gemieteten Personen übergeben, entlasten, um ihren Lüsten und üppigen Neigungen nachzugehen. Aber etwas stark, uns fehlen die Worte für eine passende Bezeichnung, ist es, von einer Entlastung der Mutter zu reden, um sie womöglich neben dem Ochsen in den Pflug zu spannen.

Vor allem aber sei, so predigt die „Korrespondenz“, der ländliche Arbeitgeber in die Lage zu setzen, daß jeder Landwirt — womit selbstverständlich der Großgrundbesitzer gemeint ist — so gestellt werde, daß er die Mittel besitze, seinen Arbeitern eine behagliche Existenz zu schaffen. Die „Korrespondenz“ bebauert daher die Ermäßigung der Kornzölle. Wenn aber die Kornzölle so hoch sein sollen, daß die Gutsbesitzer aus freien Stücken den Arbeitern eine behagliche Existenz schaffen, so könnten sie auf das zehnfache erhöht werden. Und wenn den Besitzern Milliarden vom Staate geschenkt würden, die doch nur den Arbeitern entnommen sind, so würde den Arbeitern damit noch um nichts geholfen werden, oder vielleicht nur so weit, daß die Gutsbesitzer ihnen die Korke der von ihnen geleerten Champagnerflaschen zu Teil werden lassen. Mögen die Gutsbesitzer ihren Arbeitern anständigen Lohn und anständige Behandlung zu Teil werden lassen, dann wird es ihnen nicht an Arbeitern fehlen, sind sie das nicht im Stande, dann mögen sie ihre Befugung aufgeben. Die Gesellschaft hat gewiß kein Interesse daran, einer Masse bankrotter Gutsbesitzer zu einer Existenz der Schlemmerei und Verschwendung zu verhelfen und die Einkünfte der reichen Majoratsherren und Herrschaftsbesitzer noch mehr zu erhöhen.

Die Habgucht der Agrarier wird durch die Selbststeuereinschätzung, die jetzt erstmalig in Preußen nach dem neuen Steuergesetz vorgenommen wird, auf eine harte Probe gestellt. Interessant ist in dieser Hinsicht eine Bekanntmachung des Vorstehenden der Steuerveranlagungskommission, Landrat Thon in Goslar vom 7. Januar. Darin heißt es, daß der Landrat gezwungen gewesen sei, einen großen Teil der bisher eingegangenen Steuererklärungen zurückzugeben, teils weil das Einkommen aus Grundbesitz augenscheinlich viel zu niedrig angegeben, und der Geldwert der im

Haushalt verbrauchten Wirtschaftserzeugnisse garnicht berücksichtigt war, teils weil man es unterlassen hatte, Einkommen aus Kapitalvermögen, welches notorisch vorhanden ist, gar nicht oder in nicht zutreffender Weise anzugeben. Wenn z. B., wie das geschehen, das Einkommen aus sehr gutem ertragreichen Ackerlande zum 1 ein drittelfachen Betrage des Grundsteuerreinertrages eingeschätzt ist, und wenn Kapitalvermögen da, wo es tatsächlich vorhanden, ganz verschwiegen wird, so muß es dem öffentlichen Urteil überlassen bleiben, eine derartige Einschätzung mit dem richtigen Ausdruck zu bezeichnen. — Das öffentliche Urteil nennt eine solche Einschätzung einfach Betrug und zwar Betrug am Staate, an dem Vermögen des Vaterlandes, für welches die Agrarier sonst sehr zu schwärmen pflegen. Die noblen Herren wollen noch nicht recht einsehen, daß man deshalb, weil man bisher ungestört den Staat betrügen durfte, noch nicht das Privilegium hat, die angenehme Beschäftigung bis in alle Ewigkeit fortzusetzen.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Hessens, welcher in Friedberg zusammentrat, gestaltete sich zu einer impoianten Manifestation des arbeitenden Volkes, denn der Besuch war stärker als je; die Präsenzliste ergab 78 Delegirte für 116 Orte. Nach dem halbjährigen Kassenbericht des Landeskomitees stellte sich die Einnahme auf Mk. 426,40, die Ausgabe auf Mk. 320,25, so daß ein Kassenbestand von Mk. 106,15 verblieb. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Reform der Verwaltungsgeetze, führte nach einem Referat Ulrichs zu einer lebhaften Debatte, deren Ausgangspunkt die einstimmige Annahme einer Resolution war, in welcher der Parteitag gegen die reaktionären, durch die Zeit überlebten Bestimmungen der Provinzial-, Kreis-, Städte- und Landgemeindeordnung, sowie gegen die regierungsseitig beliebten freiheitfeindlichen Abänderungen derselben energisch protestirte und die sozialdemokratischen Abgeordneten der hessischen Kammer beauftragte, für Veränderungen in freirechtlichem Sinne und zwar auf der Basis unseres Parteiprogramms entschieden einzutreten. Ferner wurde das Landeskomitee beauftragt, im Verein mit den Abgeordneten eine billige Broschüre zur Verbreitung zu bringen, in welcher unsere Stellungnahme zu den Verwaltungsgeetzen in leicht faßlicher Weise dargelegt wird. Ueber den dritten Punkt, „die nächsten Landtagswahlen“, referirte Genosse Müller, Darmstadt. Nach kurzer Debatte wurde die frühzeitige Stellungnahme zu den Wahlen mit Freuden begrüßt und dem Landeskomitee aufgegeben, in den für uns günstigen Kreisen im Verein mit den dortigen Genossen die Vorbereitungen zu treffen und der nächsten Konferenz Bericht zu erstatten. Sieben Wahlfreie wurden vorläufig zur Agitation in Aussicht genommen. Die Verhandlung über den Punkt: „Organisation und Presse“, beschränkte sich auf ein instruktives Referat Jöstes, da aus diesem die Delegirten nach jeder Richtung hin Klarheit darüber gewannen, in welcher Weise sie für die Zukunft auf diesem Gebiete zu wirken haben. Nachdem noch auf Antrag der Offenbacher Genossen beschlossen worden war, das Landeskomitee bis zur nächsten Konferenz in Diensten zu lassen, wurde der Parteitag mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ernennung eines weiblichen Arztes in Oesterreich. Die Regierung von Bosnien und der Herzegowina veröffentlicht in dem Amtsblatt für die okkupirten Provinzen die provisorische Ernennung des Fräuleins Mied. Dr. Anna Bayer zum provisorischen Frauenarzte mit dem Siege in Dolnja Tuzla. Fräulein Dr. Bayer ist somit der erste weibliche Arzt in Oesterreich, der in Staatsdiensten steht.

Ueber die jammervolle Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter an der böhmisch-mährischen Grenze wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ aus Zittau geschrieben: Einst waren es die Bauern, die den Gutsherren Frohndienste leisten mußten. Heute ist der Bauer frei, dafür aber ist der Tagelöhner das Ausbeutungsobjekt des Ersteren, wenigstens hier. Die Löhne sind unglaublich gering, die Kost die eines Menschen unwürdige. Kartoffeln, saure Milch, Eindremsuppe sind die Hauptnahrungsmittel dieser Armen, Branntwein ihr einziges Genußmittel, daher zeigen sich bei dieser wenig entsprechenden Ernährung die verderblichen Wirkungen des Schnapsgenusses in wahrhaft schrecklicher Weise. Ein früher Tod ist leider nur gar zu oft die unmittelbare Folge dieses Uebels. Männer, die noch nicht über 30 Jahre zählen, zittern wie schwache Greise; ein Glaschen Schnaps muß wieder anshelfen, sonst sind sie

nicht im Stande zu arbeiten. Am leidlichsten ergeht es noch denen, die selbst eine hölzerne Hütte besitzen. Auch giebt es einige, die ein Stückchen eigenen Acker anbauen können, und das sind die Glücklichsten. Die Bauern hier sind verhältnismäßig wohlhabend, was im Anbetracht der billigen Arbeitskräfte leicht erklärlich ist. Sie tragen oft teure Kleider, fahren Sonntags in einer Kutsche oder im Schlitten in die Stadt oder in die Kirche. Die armen Diensthoten müssen sich unmenfchlich abradern, die Arbeitszeit hat schier keine Grenze. Es ist nicht genug, daß sie im Sommer, wenn der Tag am längsten ist, bis in die dunkelste Nacht am Felde arbeiten; wenn Mondschein ist, wird manchmal bis 10 oder 11 Uhr geschunden und dann müssen die Diensthoten zu Hause erst noch das Vieh füttern und kommen nicht selten erst nach Mitternacht ins Bett. In der Frühe müssen sie um 3 oder 4 Uhr wieder auf. Dabei sind die Löhne so gering, daß man sich wundern muß, wie sich diese Leute die notwendigsten Kleidungsstücke kaufen können. Der höchste Lohn eines Knechtes ist 70 fl. per Jahr, der einer Magd 50 fl., eines Stallbuben 20 fl.; der Tagelöhner bekommt durchschnittlich 25—30 Kr. per Tag.

Wien. Infolge der administrativen Beurteilung des Lemberger Studenten Schleyer durch die russischen Behörden, sowie dessen Gefangensetzung in der Festung Schlüsselburg verlangte die österreichische Botschaft in Petersburg im Namen des Ministers des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, von der russischen Regierung eine Abschrift des Urteils. Diese Forderung wurde von der russischen Regierung, als dem bestehenden Uebereinkommen widersprechend, abgelehnt.

Rußland.

Die Zustände werden immer unerträglicher. Nach Meldungen polnischer Blätter aus Rußland ist man bei der Verteilung der Liebesgaben, welche für die von der Hungersnot betroffene Bevölkerung gesammelt worden waren, großen Schwindeln und Veruntreuungen auf die Spur gekommen. Ganze Eisenbahnzüge, mit Mehl und Brot beladen, waren über Nacht plötzlich spurlos verschwunden. Im Gouvernement Kasan haben Staatsbeamte im Verein mit Mitgliedern des Untertüchtungs-Komitees das Mehl mit Sand, Kreide und anderen schädlichen Stoffen vermischt. Die Bevölkerung überreichte dem eingetroffenen Finanzminister Wjshnegradski eine Bittschrift, damit dem skandalösen Treiben dieser Sippchaft ein Ende gemacht werde.

Petersburg. Wie das „Journal de St. Petersburg“ erfährt, verläßt der berüchtigte General Gurto seinen Posten als Generalgouverneur von Warschau.

Der Petersburger Korrespondent des „Standard“ meldet, daß die jüngsten in Polen stattgefundenen Verhaftungen beinahe 800 betragen. Die Hälfte derselben wurde durch das Lehren der polnischen Sprache in geheimen Schulen veranlaßt!

Ferner wird aus Petersburg berichtet: In der Staatsrentei von Wladivostok sind 348,000 Rubel durch Unterminierung entwendet worden und es ist auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers eine hohe Belohnung auf die Räuber ausgesetzt worden. Der Vorfall erregt peinliches Aufsehen, weil man annimmt, daß das Verbrechen (?? Wer sind die Verbrecher? In erster Linie doch die Unterdrücker und Gewaltsthergen!) von der revolutionären Partei ausgeführt ist und das gestohlene Geld für nihilistische Zwecke verwendet werden soll. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Arbeiterbewegung.

Anträge zum Gewerkschaftskongreß.

Nachträglich bringen wir die Anträge und Resolutionen, wie sie bei der unterzeichneten Kommission eingelaufen sind, um dem Kongreß zur Beschlußfassung unterbreitet zu werden. Die Anträge werden später noch in einem Separatdruck erscheinen und jedem Delegirten vor Stattfinden des Kongresses zugestellt werden. Es liegt also im Interesse der einzelnen Organisationen, die gewählten Delegirten möglichst bald bei der unterzeichneten Kommission anzumelden, damit die Vertreter auf dem Kongreß schon vorher sich eingehend mit den einzelnen Projekten vertraut machen können. Wir erwarten, daß sich nunmehr, kurze Zeit vor dem Tage, an welchem der Entschcheid über die weitere Gestaltung der Gewerkschaftsorganisation fallen soll, alle interessirten Kreise nochmals eingehend mit der Sache befassen, und behalten uns gleichfalls noch eine Meinungsäußerung über die Durchführbarkeit der einzelnen Vorschläge vor.

**Vorstand und Ausschuss
des Verbandes deutscher Zimmerleute:
Resolution.**

In Erwägung, daß die Bildung von Unionen bei den meisten Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge notwendig erforderlich macht.

In weiterer Erwägung, daß die Mitglieder vieler Organisationen zu einer höheren Beitragleistung aber nicht herangezogen werden können, und in schließlicher Erwägung, daß eine auf gemeinschaftliche Kosten zu betreibende Agitation für die zur Union gehörenden Berufsorganisationen nicht geeignet erscheint, den gewöhnlichen Erfolg zu erzielen, beschließt der Gewerkschaftskongress, mit der Bildung von Unionen vorläufig noch nicht vorzugehen. Der Kongress beschließt jedoch, um für die Zukunft die Unionen anzubahnen, daß sich die zunächst verwandten Gewerbe durch Kartellverträge verbinden. Diese Verträge sind dahin abzuschließen, daß sich die verwandten Berufe verpflichten:

1. sich bei Streiks oder Aussperrungen gegenseitig finanziell zu unterstützen;
2. ihre gegenseitigen Mitglieder auf der Reise zu unterstützen und zwar dert., daß an den Orten, wo die eine Organisation keine örtliche Verwaltungsstelle hat, die Unterstützung von der Organisation gezahlt wird, welche eine Verwaltungsstelle am Ort hat.

Die Generalkommission bleibt bestehen und hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. die Betreibung der Agitation in denjenigen Ortschaften, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;
2. die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterschaft zusammenzufassen;
3. statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
4. in bestimmten Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereins-Vorstände an einzelne Gewerkschaften bei Aussperrungen Unterstützung aus dem vorhandenen Fonds zu gewähren. — Zeigt es sich, daß die vorhandenen Mittel nicht genügen, so steht der Generalkommission das Recht zu, Beiträge auszusprechen. Dieselben dürfen jedoch 20 Pf. pro Jahr und Mitglied der zentralisierten Vereine nicht übersteigen.

Pflichten der einzelnen Zentralvereine der Generalkommission gegenüber:

1. hat jede zentralisierte Gewerkschaft pro Mitglied und Quartal 6 Pf. an die Generalkommission zu leisten. Aus dieser Einnahme, sowie aus dem Ertrag der Extrabiträge hat die Generalkommission die sämtlichen Ausgaben, einschließlich der Agitation und Aussperrungen zu bestreiten;
2. nach Beendigung eines jeden Streiks ist der Generalkommission schriftlich Bericht über den Verlauf und Erfolg desselben zu erstatten; desgleichen müssen der G. K. die von den einzelnen Gewerkschaften aufgenommenen statistischen Erhebungen zur Verfügung gestellt werden.

Als Publikationsorgan der G. K. bestimmt der Kongress eines der bestehenden Gewerkschaftsorgane. Dies ernannte Organ ist, sobald Bekanntmachungen der G. K. darin enthalten sind, den Vorständen der Zentralvereine, den Vertrauensleuten derjenigen Gewerkschaften, deren Landesgesetze eine Zentralisierung unmöglich machen, sowie den Redaktionen der Arbeiterzeitungen gratis zuzustellen. Die Kosten des Mehrdrucks, sowie die der Zustellung trägt die Generalkommission.

Die Einberufung des nächsten Gewerkschaftskongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereinsvorstände überlassen.

Bergarbeiterausstand in Steiermark und Krain. Vierüber berichtet das „Sozialpol. Zentralblatt“: In Steiermark und Krain sind die Bergarbeiterverhältnisse äußerst ungünstige, und mit elementarer Gewalt von Zeit zu Zeit ausbrechende Streiks zeigen die tiefgehende Festimmung der Grubenleute und den Mangel einer streifen Organisation. Daß dem so ist, verschuldet nicht allein der tiefe Stand der Lebenshaltung der Arbeiter, sondern auch die gerade in diesen Bezirken mit erschütternder Rücksichtslosigkeit auftretende Willkür einer zu mächtigen Kartell vereinigten Unternehmerschaft, welche an den öffentlichen Gewalten einen Rückhalt findet. Denn ein stierischer Bergarbeiterausstand und das Eingreifen der militärischen Macht ist etwas Regelmäßiges. „In Triest traf Militär ein, da Ausschreitungen stattfanden“, meldet denn auch die „Börs. Ztg.“ In Kärnten streiken all. Bergarbeiter bis auf die Knappen der Gewerkschaft Langthal, denen Lohnabhängig zugesprochen wurde. Die Ausschreitungen ver-

langen strengere Einhaltung der Achtstundenschicht, 1 fl. 50 kr. Säuerlohn, 1 fl. 20 kr. für Förderung. Seitens der Kärntner Gesellschaft wurden der Säuerlohn mit 1 fl. 20 kr., Förderlohn mit 90 kr. festgesetzt. Die Gewerke lehnen jede Unterhandlung ab. In den Städten wird Kohlenmangel eintreten; die Südbahn hat nach der „N. Fr. Pr.“ in Voraussicht des Ausstandes den Bedarf für längere Zeit gedeckt.

Gerichtliches.

Ersässliche Preßzustände. Durch Urteil der Strafkammer des Landgerichts Wülflhausen i. E. wurde der Redakteur der „Elsass-Lothring. Volks-Ztg.“, Genosse Martin, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, wegen Beleidigung der Direktion der Straßburger Artillerie-Werkstätte, begangen durch Aufnahme einer Korrespondenz aus Straßburg, die Sedanfeier behandelnd. Unser Parteiorgan bemerkt dazu: „Die Ausfälle, welche der Vertreter der Staatsanwaltschaft in der Verhandlung sowohl gegen die Person des bis jetzt nur mit Mark 20 Geldstrafe — wegen Beleidigung durch die Presse — bestrafte Angeklagten, als gegen die sozialdemokratische Presse überhaupt für notwendig erachtete — diese Ausfälle würden verdienen, zur Charakterisierung der Anschauungen in den Kreisen der Exekutivbehörden unseres Klassenstaates wiedergegeben und gebührend gewürdigt zu werden; allein hier ist die Hand, welche die Feder führt, gelähmt durch eine der freiheitsfeindlichsten, brutalsten und raffiniertesten Bestimmungen, welche je ein lichtscheuer Diktator erdennen konnte. Der Art. 17 des organischen Dekrets über die Presse vom 17. Februar 1852 besagt:

„Es ist verboten, über Prozesse wegen Preßvergehen Bericht zu erstatten. Nur die Tatsache der Verfolgung darf angekündigt werden. Das Urteil darf in allen Fällen veröffentlicht werden.“ (Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafen von 50 bis zu 5000 Frs. g. u. h. d.)

Eine solche Preßzensur wird noch durchgeführt im letzten Jahrzehnt des „Jahrhunderts der Aufklärung“, von den Behörden eines Staates, welcher vermeint, „an der Spitze der Zivilisation“ zu marschieren, und zu Ruh und Frommen der 1870 wiedergewonnenen elsass-lothringischen „Brüder“! Der Herr züchtigt diejenigen, die er lieb hat, lautet ein göttlicher Spruch. Und so ergeht es halt uns Elsass-Lothringern! Darum knebelt man unsere Presse so besonders lieblich!

Wie man dabei verfährt, darüber giebt folgende weitere Notiz unseres Parteiorgans Aufschluß:

„Unsere Leser wissen, daß dem Drucker unseres Blattes, Herrn J. Burgheimer, die nachgesuchte Konzession zur Anfertigung von Druckerarbeiten von Seiten der Behörde verweigert worden ist, trotzdem Herr Burgheimer allen bezüglichen gesetzlichen Vorschriften nachgekommen war. Ein Grund, weshalb die Konzession verweigert wurde, war in dem ablehnenden Schreiben des Ministeriums nicht angegeben, ohne Zweifel, weil der wahre Grund das Licht des Tages nicht verträgt. Er dürfte in der politischen Richtung unseres Blattes liegen. Durch diese Maßregel der Verwaltungsbehörde, durch welche ein Bürger des Deutschen Reiches an der Ausübung seiner Gewerbstätigkeit willkürlich gehindert wurde, ist Herr Burgheimer geschäftlich ruiniert worden; der Druck der Zeitung ohne andere Nebenarbeiten brachte keinen ausreichenden Verdienst. Außerdem ist Herrn Burgheimer amtlich mitgeteilt worden, daß er als Nicht-Verantw. des Blattes auch die Zeitung nicht weiterdrucken dürfe!

„Am nächsten Mittwoch findet daher die öffentliche Zwangsversteigerung der Schriften der Druckerei des Herrn Burgheimer statt.

„Es ist Vorsorge getroffen, daß eine Unterbrechung im Erscheinen unseres Blattes nicht eintrete.“

— In Erfurt hatte der Vertrauensmann Böhm während der Sitzungen des Parteitag, sowie während einer Volksversammlung ein Eintrittsgeld erhoben. Deshalb verurteilte ihn die Erfurter Polizei zu 20 bez. 5 Mark Geldstrafe wegen Veranlassung einer nicht genehmigten Kollekte. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung und legte alle Kosten der Staatskasse zur Last.

— Der Redakteur Ewald von der „Brandenb. Ztg.“ hat eine 14tägige Gefängnisstrafe im Brandenburger Amtsgerichts-Gefängnis angetreten.

Wiesbaden. Der Lotterieschwindler Krüger ist gefänglich hier eingeliefert worden. Er ist jene dunkle Persönlichkeit, die hier als Bierkellner in irgend einem

Wirtshause tätig war, mit einer Frau besseren Standes in Konkubinat lebte und zur Zeit der Schloßfreihofs-Lotterie als Inhaber eines Lotterie-Komptoirs auftauchte unter der Firma „Fischer u. Co.“ Nomen est omen. Er suchte gar Viele, die bei ihm ihr Glück versuchten, und als die letzte Serie an die Reihe kam, war die Saat reif für den Schwindler, der schon in Berlin in ähnlicher Weise operiert hatte, ohne der Behörde in die Hände zu fallen. Er strich die Gelder für die zu liefernden Lose ein, aber seine nach Hunderten zählende Klientel sah davon nie etwas wieder. Seit zwei Jahren hatte er sich dem Auge des Rechts zu entziehen gewußt, nun aber befindet er sich in Nummer Sixer und sieht der verdienten Strafe entgegen.

Kleine Chronik.

Die Leipziger Spitzbuben Jerusalem und Winkelmann bezogen als Angestellte der durch ihre Diebereien verfrachten Diskonto-Bank nach der „Leipziger Gerichts-Zeitung“ folgendes Einkommen:

Jerusalem			
Jahr	Festes Gehalt	Tantieme	zusammen
	Mk.	Mk.	Mk.
1883	21 000	7069,40	28 069,40
1884	21 000	7177,36	28 177,36
1885	21 000	3827,95	24 827,95
1886	21 000	1892,55	22 892,55
1887	15 750	1726,45	17 476,45

Winkelmann			
Jahr	Festes Gehalt	Tantieme	zusammen
	Mk.	Mk.	Mk.
1883	15 000	7069,40	22 069,40
1884	15 000	7177,36	22 177,36
1885	15 000	3827,95	18 827,95
1886	15 000	1892,55	16 892,55
1887	12 250	1726,45	13 976,45

Trotz dieses bedeutenden Einkommens vergriffen sich jene „Stützen der Ordnung“ an fremden Geldern und beachtigten dabei die Sozialdemokraten noch frech der „Sellelei“.

Der Pastor Müller. Oldenburg. Nachdem die Behörde sich überzeugt hat, daß von den von Pastor Müller in Goldenstedt veruntreuten Geldern nichts mehr vorhanden ist, hat das Gericht über das sonstige Vermögen des Betrügers im Priesterkleide den Konkurs erklärt. Sein Hausrat kommt in Folge dessen schon in den nächsten Tagen unter den Hammer. Aus der Befanntmachung der Behörden ersieht man, daß der Pastor es verstanden hat, sich das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Unter Anderem kommen zur Versteigerung mehrere Kutsch- und Arbeitspferde, mehrere Landauer und verdeckte Wagen, 1200 Flaschen Wein, eine Unmenge Zigarren, ein Billard mit Zubehör, viele Gold- und Silberfachen, Luxuschränke und Mobilien, alles Dinge, welche mit dem gestohlenen Gelde bezahlt worden sind. Über die Art, wie Müller seine Vorgesehten zu täuschen gewußt hat, wird noch eine andere Lesart verbreitet. Danach hat er aus den Protokollbüchern des Kirchenausschusses, in die das Protokoll jeder Sitzung eingetragen wurde, Protokolle entnommen, hat ihnen dann Zusätze beigefügt, die große Summen zu kirchlichen Zwecken der Gemeinde Goldenstedt genehmigten, und diese gefälschten Aktenstücke dann an den Oberkirchenrat in Oldenburg eingesandt. Sollte sich diese Lesart bestätigen, so wird der Verteidiger Müllers bei dem bevorstehenden Prozeß sich diese Vertrauenslosigkeit des Oberkirchenrats kaum entgehen lassen.

Ein Jünglingsbund auf Aktien. In Elberfeld hat sich eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Westdeutscher Jünglingsbund“ gebildet, dessen Zweck u. A. die Förderung und Pflege des religiösen Lebens der heranwachsenden männlichen Jugend, die Verbreitung guter Schriften und die Gründung und Pflege von evangelischen Jünglings- und Männervereinen ist. Das Grundkapital beträgt 30 000 Mk. Zwei Drittel der Aktien erhält der „Bundesagent“ Helbing zu Elberfeld für seine Einlage und das „Verlagsrecht des Schriftenverlags“.

Als ein ganz gewöhnliches Schachergeschäft (in großem Maßstabe) muß jeder unbefangene Mensch ein Unternehmen bezeichnen, das in der Nummer vom 3. Dezember des „Badiischen Beobachters“ in folgender Weise empfohlen wird:

„Auf ihrem Haupte eine Krone von 12 Sternen.“

Apof. 12. 1.
Im Hinblick auf diese Sternkrone möchte der Unterzeichnete 12 000 Namen in ein eigenes, dafür be-

himmes „goldenes Buch“ eintragen, damit 12 hl. Messen zu Ehren der lieben Gottesmutter und nach der Meinung der Einsender gestiftet würden, und sollen diese hl. Messen eine in jedem der 12 Monate, alljährlich, für ewige Zeiten geleistet werden. Die Einschreibegeld für jeden Namen 1 Mark betragen.

Der Reinertrag dieser Gebühren fließt dem Kirchenbauverein in Langen zu!

Sollten bis spätestens 15. Januar 1892 mehr als 12 000 Namen eingekandt sein, so wird für jedes begonnene 1000 eine hl. Messe zum Trost der armen Seelen gestiftet werden; sollten es weniger sein, dann entsprechend weniger hl. Messen. Als Ausweis über Eintragung des Namens wird demnach jeder ein Bildchen mit der entsprechenden Nummer des „goldenen Buches“ erhalten; aber ich bitte die Namen recht deutlich zu schreiben. Willst Du Mitspieler dieser hl. Messen sein?

Allen Lesern ein recht gutes und gnadenreiches Neujahr! Meine Adresse ist:

L. Schreiber, Pfarrkurat, Neu-Henning (Gr.-Hessen).

Gegen das medizinische Studium der Frauen trat der verstorbene Professor Bischoff sehr entschieden auf. In einer im Jahre 1872 in München erschienenen Schrift: „Das Studium und die Ausübung der Medizin durch Frauen“ erhob er seine Stimme als schneidiger Gegner der Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin. Bischoff's schlagender Beweis in der oben angeführten Schrift war die von ihm festgestellte Tatsache, daß das Gehirn eines Münchener Biertrinkers durchschnittlich 1350, das einer Frau dagegen nur 1250 Gramm wiegt. Und da starb im Jahre 1882 — zwei Jahre nach der Veröffentlichung seiner Schrift: „Das Fingergewicht des Menschen“ — der Professor Dr. Theodor Ludwig Wilhelm Bischoff und sein Gehirn wog bloß 1245 Gramm.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung.

Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Gesetzes wird fortgesetzt bei dem Etat des Reichsamts des Innern und zwar mit dem Kapitel 7a, allgemeine Fonds.

Im Titel 1 werden 48 000 Mark zur Unterstützung für das germanische Museum in Nürnberg verlangt.

Hr. v. Meyer-Arnswalde befragt über die nach seiner Meinung mehr als kümmerliche Unterstützung, welche die deutsche Kunst von Seiten des Deutschen Reichs erfährt.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Bundesrat überläßt die Pflege der Kunst meist den Einzelstaaten. Für Kunstwerke und das Reich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel nun, was in seinen Kräften liegt.

Der Titel wird genehmigt. Für Postdampfer-Verbindungen sind ausgeworfen: nach Ostasien und Australien 4 400 000 Mark, nach Ostafrika 900 000 Mark.

Hr. v. Bamberger (Hr.) weist darauf hin, daß die Unterstützung dieser Dampferverbindungen wenig Vorteile für Deutschland gebracht habe.

Vielleicht könnte man die Linie nach Samoa eingehen lassen, die sich längst als überflüssig erwiesen hat. Der ganze Transport nach Samoa hatte einen Wert von 107 000 Mark. Die Kosten waren jedenfalls um 100 Prozent höher.

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn auch nicht alle Hoffnungen erfüllt sind, welche man auf die Postdampfer-Verbindungen setzte, so ist doch mehr erreicht, als der Vorredner darzustellen behauptet. Der definitive Erfolg der Unterstützung von Dampfer-Verbindungen kann heute noch garnicht überblickt werden. Was es für einen Einfluß auf die Entwicklung des Typports haben wird, wird erst erwiesen werden können, wenn die 15 Jahre, für welche die Unterstützung bewilligt ist, abgelaufen sein werden.

Hr. Richter (Hr.): Es wird immer auf eine bessere Entwicklung gehofft, so daß man bezüglich der Dampfer-Subventionen und der Kolonialpolitik bemerkt sagen konnte: Hoch am Grabe pflanzt er die Hoffnung an! Die Entwicklung zeigt sich doch nicht erst in 14 oder 15 Jahren, sondern müßte doch, wenn überhaupt, sich schon jetzt nach vier- oder fünf Jahren bemerkbar machen.

Hr. v. Bamberger (Hr.): Die Tatsachen beweisen, daß meine Warnungen vor übertriebenen Hoffnungen berechtigt waren; ich werde, wenn wieder solche Bewilligungen beantragt werden, an diese Erfahrungen erinnern.

Der Titel wird darauf bewilligt. Bei den Kosten der Maßregeln gegen die Reblaus-Krankheit 5000 Mark weist

Hr. v. Buhl darauf hin, daß bei der Einfuhr von eingestampften Weintrauben in Fässern vielfach alte Reben mit darauf haftender Erde als Unterlage für die Fässer benutzt werden. Dadurch sei die Einschleppung der Reblausgefahr vermehrt, Redner bittet deshalb, die Zollbehörden anzuweisen, hiergegen auf das strengste die Vorschriften der Reblaus-Konvention anzuwenden.

Staatssekretär v. Bötticher hält die Anwendung der Vorschriften der Konvention für selbstverständlich, aber er will die Frage in Erwägung ziehen.

Bei den Ausgaben für die Ueberwachung des Auswanderungswesens fragt

Hr. v. Hammer, ob das in Aussicht gestellte Auswanderungsgesetz bald fertig gestellt sein wird. Das Gesetz sei dringend notwendig, aber es darf sich nicht nur beschränken auf die Feststellung der polizeilichen Grundlagen für die Tätigkeit der Auswanderungsagenten, sondern muß auch die

Auswanderung unter die Fürsorge des Reichs stellen, um dadurch indirekte Vorteile für das Reich zu erhalten.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich hoffe, daß die Vorlage noch in dieser Session vorgelegt wird, wenn ich auch nicht sagen kann, daß das so früh geschieht, daß die Vorlage auch durchberaten werden kann. Ueber den Inhalt der Vorlage kann ich Ihnen keine Mitteilung machen. Ebenfalls über die Aufhebung des von der Hebräerischen Restriktion, welches ein preussisches ist und von Reichswegen nicht aufgehoben werden kann.

Bei den Ausgaben für die Reichs-Schulkommission beantragt:

Hr. Richter: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Ausführung der Bestimmung des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 (die Vorschrift lautet: „Ein Gesetz wird die Vorbedingungen regeln, welche zum einjährigen Dienst (bedingten) dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Regelung der Vorbedingungen, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen.“

Staatssekretär v. Bötticher: Es handelt sich bei der Prüfung nicht um eine Maßregel für den einjährig-freiwilligen Dienst, sondern lediglich um eine schulrechtliche Frage. Der Prüfung sollen sich alle unterwerfen bei der Verletzung von Untersekunda nach Obersekunda. Die Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst hängt ab von dem erfolgreichen einjährigen Besuch der Untersekunda; wie das ermittelt wird, ob eine Prüfung stattfindet oder nicht, ist Sache der Schule. Wenn ein Gesetz, wie es der Antrag verlangt, noch nicht erlassen ist, so liegt das an der Verschiedenartigkeit des Schulwesens in den Einzelstaaten. Angesichts der Umänderungen, welche in Preußen bevorstehen, wird man gut tun, mit dem Verlangen nach einem solchen Gesetz noch etwas zu warten.

Hr. Richter: Die Auslegung der Prüfung seitens des Staatssekretärs wird allgemeines Staunen hervorrufen; die Maßregel ist lediglich von der Militärverwaltung angeregt worden. Bemerkenswert ist, daß auch diejenigen die Prüfung mitmachen müssen, welche nach der Ansicht der Schule die Reife für die Verletzung nach Ober-Sekunda haben. Wenn man die jetzt beabsichtigte Aenderung erst vornehmen lassen will und nachher das Gesetz machen, dann ist für das letztere der Inhalt gegeben, aber das einjährig-freiwillige Wesen müßte eigentlich von Rechtswegen erst geordnet und aus Willkür der einzelnen Staaten entzogen werden.

Staatssekretär v. Bötticher: In den Vorschriften über die Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wird nichts geändert. Es bleibt dabei, daß ein einjähriger, erfolgreicher Besuch der Untersekunda verlangt wird. Die preussische Reform umfaßt eine Aenderung der gesamten wissenschaftlichen Vorbildung. Das Gesetz über den einjährig-freiwilligen Dienst wird sich nach den bestehenden Unterrichtsverhältnissen richten müssen; es wird die Feststellung der geistlichen Bildung immer den Lehrern überlassen müssen.

Hr. v. Bar (Hr.): Es handelt sich hier um ein Geschenk der Militärverwaltung welches die Schulverwaltung allerdings schon einigen Abänderungen unterworfen hat. Damit die Schule aber vor solchen weiteren Geschenken bewahrt wird, empfiehlt sich die Annahme des Antrags Richter.

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Konservativen angenommen.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung.

Gegen 1 Uhr eröffnet der erste Vizepräsident der vorigen Session, Hr. v. Heeremann, die Sitzung mit der Mitteilung von der Erkrankung des Präsidenten v. Köller.

Die Verlesung der Mitglieder in die Abteilungen erfolgt nach Schluß der Sitzung.

Weiteres liegt nicht vor.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Januar 1892.

Ein vernünftiger Pastor trat auf der letzten hier abgehaltenen Vereinsversammlung des „evangelischen Bundes“ als Redner auf. Es war dies der Prediger Heydorn aus Priezen und sein Thema lautete: „Gegen den Pessimismus auf allen Gebieten des Lebens“. Die orthodoxen Herren lieben es, der Sittenlosigkeit unserer Tage die „fromme Einfalt“ vergangener Zeiten als Spiegel entgegenzuhalten. Pastor Heydorn beweist aber nach den Ausführungen eines hiesigen Blattes seinen vergärrten Amtsbrüdern, daß wir weder in moralischer, noch in sozialer oder religiöser Beziehung Grund haben, vor unseren Vorfahren die Augen niederzuschlagen, denn nicht schlechter sei es rings geworden, sondern besser. Herrschten vielleicht damals bei uns „ideale“ Zustände, fragt der Redner, da deutsche Fürsten mit ihren Untertanen unerhörten Menschenschacher trieben, da an Fürstenthöfen die Maitressenwirtschaft Orgien feierte und jegliche Bällerei sich an brechenden Tafeln prägte? In den Tagen solcher freolen Uebermüßes, der das Mark des Volkes aufzog, müsse man die Auswüchse unserer Tage, wie z. B. jene Bärenschwindelen, und man wird ein gerechtes Urteil fällen. Auch auf religiösem Gebiete ist das Niveau gegen früher nicht gesunken. Allerdings seien wir jetzt weniger theologisch, als unsere Großväter und Urgroßväter. In jenen Zeiten dominierte über die theologische Wissenschaft, ihr mußten alle anderen Zweige der menschlichen Erkenntnis nachstehen und sich unterordnen. Daß dies heute anders geworden ist, bedeutet, wie der Redner gewiß zum gelassen Entsetzen vieler seiner Amtsgenossen ausführte, einen erfreulichen Kulturfortschritt. Wenn heute theologische Streitfragen das öffentliche Interesse nicht mehr beherrschen, so sei dies die dankenswerte Folge davon,

daß die Wissenschaft jetzt in allen ihren Zweigen zu das Volk gedrungen ist, und das sei das Kulturwert der Schule. Selbst die Stellung der Sozialdemokratie der Kirche gegenüber werde zu pessimistisch geschildert. Der Redner erinnerte an die „geringen“ Erfolge, welche die sozialistische Mahnung zum Austritt aus der Landeskirche bis jetzt erzielt habe. (Die sozialdemokratische Partei als solche hat niemals dazu aufgefordert. Es kann ihr dies auf Grund unseres Programms auch niemals einfallen! D. Red.) Auch bei den Sozialdemokraten sei das kirchliche Bedürfnis nach rege und dokumentire sich in dem Verlangen nach den Erklärungen und dem Bestande der Seelsorge bei den verschiedenen Familienereignissen; jeder Amtsbruder werde das befähigen. Wenn aber viele Sozialdemokraten sich der Kirche feindlich gegenüberstellen, so vergesse man die Sünden, deren sich eben diese Kirche gegen den vierten Stand schuldig gemacht habe. (Sehr richtig!) Besonders erbitterte es die Sozialdemokraten, (Und mit Recht!) daß die Kirche das göttliche Gebot der Dienstbotentreue dahin auslegt, daß die Arbeiter jedwede Bedrückung ruhig ertragen und die „Rechte der Herren“ als eine Art unantastbaren Gottesgnadentums betrachten sollen. Diese Sünde müsse die Kirche wieder gut machen, dann werde auch die Kirchlichkeit wieder zunehmen. (Wenn's nur nicht zu spät ist!) Redner warnt zum Schluß vor der Kampfmethode: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“. Unter dem verführenden Wahlspruch: „Wer nicht gegen mich ist, ist für mich“ solle das Werk der sittlichen, religiösen und sozialen Belebung und Förderung des Volkes seinem erhabenen Endziele näher geführt werden. Wir wollen mit dem Herrn Pastor nicht darüber rechten, wie sich denn eigentlich die „geringen“ Austritte aus der Landeskirche mit den vielen kirchensindlichen Sozialdemokraten zusammenreimen, sondern nur kurz bemerken, daß seine Amtsbrüder mit ihm keineswegs eines Sinnes über das vorstehende Thema waren, was übrigens für uns ein neuer Beweis ist, daß wir die Priester im großen Ganzen richtig tagirt haben. Warnte der Redner vor dem Pessimismus, der Neigung, alles von der schlimmsten und schwärzesten Seite aufzufassen, so erhielt er auch sofort eine sehr bedeutende Abkühlung durch den Vortragenden des „evangelischen Bundes“, der nichts Selteneres zu tun hatte, als seine Amtsbrüder vor dem Gegenteil eindringlich zu warnen, dem Optimismus, der Neigung also, alles, was besteht, für sehr gut zu halten und von der rosigen Seite zu betrachten. Damit dürfte der „Zwischenfall“ denn wohl auch wahrscheinlich erledigt sein.

Entwichen. Am 18. v. M. sollte die Zuchthaus-gefangene, verheiratete Handelsfrau Christiane Lorenz, geb. Egober, nach der Strafanstalt Sagan überführt werden. Dieselbe mußte jedoch, da sie hochgradig schwanger war, in Liegnitz zur Abwartung ihrer Entbindung im dortigen Krankenhaus zurückgelassen werden. In der Nacht ist sie dort aus der Anstalt entwichen und konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Zu ihrer Auffindung dienende Angaben können im Zimmer 5 des Polizeipräsidiums gemacht werden.

Erfroren. Die 73 Jahre alte verw. Almsengenosin Julie Wurm, geb. Dobert, ist in der Nacht vom 13. zum 14. d. M. in ihrer Wohnung, Laurentiusstraße 16, erfroren! Einen Nothstand aber giebt es nicht!

Die Breslauer Schornsteinfeger-Meisterschaft wendet sich in einem Flugblatte gegen die Angriffe des Breslauer Grundbesitzer-Vereins auf die neue Reform. Es wird darin ausgeführt, daß die Lage der Breslauer Schornsteinfegermeister bisher eine so traurige gewesen, daß nur einer von ihnen Gewerbesteuer gezahlt habe. Das ist deutlich. Trotz der im Schornsteinfegergewerbe unteugbar vorhandenen Beschäftigungswirtschaft — besser gesagt: Mißwirtschaft — vermögen die „Meister“ nicht einmal ihre Gewerbesteuer zu zahlen! Danach kann man beurteilen, wie es mit ihren Erwerbsverhältnissen aussieht. Für das große Publikum handelt es sich nicht um einen Kampf der 38 Schornsteinfeger gegen 6000 Hausbesitzer, sondern um einen Kampf der 6000 Hausbesitzer gegen die 70 000 Breslauer Mieter. Es soll um öffentlichen Interesse der Feuerficherheit eine Neuerung durchgeführt werden, die dem einzelnen Hausbesitzer, wenn's hoch kommt, vielleicht eine vierteljährliche Mehrausgabe von 10 Mark für jedes Haus aufbürdet. „Und deshalb erheben die Herren ein Geschrei, als ob man sie lebendig begraben wollte. Wenn heut ein Breslauer Mieter, den sein Hauswirt um 100 Mark jährlich in der Miete gesteigert hat, deswegen eine Beschwerde bei der Stadtverordneten einreichen wollte, würde ihn Jeder lächelnd auslachen. Sobald aber der Hauswirt 10 M. jährlich bezahlet, erfolgt sofort eine Intervention in der Stadtverordnetenversammlung, umfangreiche Beratung in zwei städtischen Ausschüssen, Beschwerde bei

dem Polizei-Präsidenten und bei dem Ober-Präsidenten, Besprechung in Versammlungen und allgemeines W. Hagen in den Zeitungen", heißt es ebenso bezeichnend, wie richtig, in dem betreffenden Flugblatt. Hat doch sogar ein Redner in der letzten Sitzung des Grundbesitzer-Vereins sämtliche Hausbesitzer aufgefordert, sich der Verordnung nicht zu unterwerfen, sondern es auf die Bestrafung durch das Schöffengericht ankommen zu lassen. Dieser Herr scheint nicht gewußt zu haben, daß nach § 110 des Strafgesetzbuchs die öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgiltige Verordnungen mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird. — Leider ist dieser Kampf der Schornsteinfeger gegen die Hauseigentümer ein vergeblicher gewesen, wie eine trübselige Anzeige des Grundbesitzer-Vereins in der neuesten Nummer eines hiesigen Blattes beweist, welche mit den Worten beginnt: „Der Ring der Schornsteinfegermeister ist gesprengt!“ — Das ist umso bedauerlicher, als die Schornsteinfeger weiter nichts tun wollten, als die Hauseigentümer zwingen, das Rehrgebläse selber zu zahlen und nicht von den Mietern zahlen zu lassen. Ein Mittel giebt es noch für die Schornsteinfeger, ihre Lage zu verbessern, und das ist ihr enger Anschluß an die Sozialdemokratie, ihre Beteiligung an dem Gewerkschafts-Kartell! Ob sie diesen Weg wählen werden, glauben wir vor der Hand allerdings noch nicht, aber doch bleibt er der einzige!

Verstüßter Betrug. Eine Hamburger Firma empfing am 29. v. M. eine Bestellung mit der Unterschrift Georg Köpfer, Breslau, Siebenhufenerstraße 19. Die Warensendung sowohl wie die Rechnung sind jedoch nicht angenommen worden, weil Adressat die Firma nicht kennt und von der Bestellung nichts weiß. Der hieselbst wohnende x. Köpfer ist ein 14 Jahre alter Schüler. Jedenfalls hat ein Schwindler unter Angabe eines falschen Namens einen Betrug versucht. Zur Ermittlung dieses Mannes dienende Angaben sind im Zimmer 5 des Polizeipräsidiums zu machen.

Verstüßtes Kind. Am 14. d. Mts. Abends gegen 8 Uhr, wurde auf der Neue Graupenstraße ein etwa 3 Jahre alter Knabe ohne Aufsicht angetroffen und von dem Zigarrenmacher Konrad Jäschke nach seiner Siebenhufenerstraße 15 belegenen Wohnung genommen. Der Knabe hat blondes Haar und trägt graue Krimmermäße, schwarze Tuchjacke, graue Hose, schwarze Strümpfe und Klederschuhe. Der Knabe nennt sich Wagner und behauptet, sein Vater sei krank und die Mutter gestorben.

Arbeitertriffo. Am Mittwoch Nachmittag verunglückte infolge Explosions einer Spirituslampe der Genosse Emil Neutirch. Es wurden ihm beide Hände schwer verbrannt und mußte ihm im Augusta-Hospital ein Rotverband angelegt werden.

Alarmierung der Feuerwehr. Vorgestern Abend 10 Uhr 25 Minuten rückte die Feuerwehr auf Grund telephonischer, von der Polizeiwache am Minge eingegangener Benachrichtigung vor das Grundstück Neujährstr. Nr. 16, Ecke der Neuen W. Hagen. Dort war im Geschäftslokal des Kaufmanns Jacob auf nicht zu ermittelnde Weise der aus Holz und Kohlen bestehende Inhalt eines Kohlentens in Brand geraten. Das Feuer hatte auch einen kleinen Teil der Dichtung ergriffen. Zur Abloschung genügten einige Eimer Wasser.

Polizeiliche Verhaftungen. In das Polizeigefängnis wurden am 14. d. M. 40 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: einer Schloßherrin auf der Großen Scheinigerstraße 32 Mk.; einem Uhrmacher auf der Klosterstraße ein schwarzer Winterübergießer. — Abhanden kamen: einem Diener auf der Brunnenstraße ein goldener Trauring, gez. R. S.; einem Baummeister auf der Lützowstraße eine goldene Taschnadel; einem Doktor auf der Orbitschenerstraße ein goldener Egelring, gez. S. B. — Gejunden wurde ein goldener Ring.

Breslauer Marktpreise vom 15. Januar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.
Weizen, weißer . . .	23.20	23.90	22.10	21.60	20.20	19.20
Weizen, gelber . . .	23.00	22.80	22.10	21.60	20.20	19.40
Roggen	23.50	23.10	22.40	22.10	21.10	20.90
Gerste	15.10	17.40	16.40	15.90	14.90	14.00
Hafer	15.50	15.00	14.70	14.20	13.70	13.20
Erbsen	21.00	20.30	19.50	19.00	18.00	17.00

Hen (neues) 2.60—2.80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 25.00—28.00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Schlesien.

Ereichte. Schredlich! Ueberall kommt das rote Geipenst zum Vorschein. In Striege bei Striehlen war am Sonntag eine öffentliche Tanzmusik, wozu sich pol wehrer, Tod und Verderben bringende T. T. So-

zialdemokraten verlaufen hatten, denn es würde unter anderem auch ein Hoch auf die internationale, völkerbefreiende, aufbauende Sozialdemokratie ausgebracht, wobei die Musik mit einstimmte. Natürlich wurde der Ortsvorsteher sogleich von der schrecklichen Begebenheit in Kenntnis gesetzt. Am darauffolgenden Tage bestellte er den Vater von einem Genossen in seine Wohnung und tat ihm kund, er werde sie aus der Gemeinde weisen, wenn sein Sohn, welcher Mitglied des Arbeitervereins ist, nicht austritt. Auch versprach der genannte Herr, in einem Jahre sämtliche Sozialdemokraten ausserzettel zu haben. Na, wir wünschen dem Herrn Ortsvorsteher viel Glück dazu. Die Gemeinde Striege wird dann wol gerettet sein.

Roter Wadtsch.

Langenbielau. Die Revision des Genossen Feldmann gegen das Urteil der I. Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Schweidnitz vom 21. Oktober 1891 ist verworfen worden und sind dem Angeklagten die Kosten des Rechtsmittels auferlegt. Gründe: Die Vorinstanz hat tatsächlich festgestellt, das das von dem Angeklagten am 26. August 1891 in der von ihm redigierten periodischen Durschrift „Der Proletarier im Silesengebiet“ veröffentlichte Gedicht „Das Weberlied 1844“ zwei verschiedene Verfassungen, nämlich die Armen gegen die Reichen zur gewaltsamen Verwirklichung des Nachgedankens anreizt, welcher darauf gerichtet ist, Geld und Gut der Reichen zu zerstören. Es wird dann weiter festgestellt, daß diese Anreizung auch geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu gefährden, da die Möglichkeit vorliege, daß der Zustand der Ruhe der Staatsangehörigen sich in einen Zustand der Unruhe und Unordnung verwandle und endlich, daß der Angeklagte auch das volle Bewußtsein gehabt habe, daß die Veröffentlichung des Gedichtes geeignet gewesen sei, eine den öffentlichen Frieden gefährdende Stimmung zu erzeugen. Diese Feststellungen erschöpfen den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs und lassen einen Rechtsirrtum nirgend erkennen. Die Revision, welche Verletzung des § 130 cit. behauptet, vermisst die Feststellung, das es sich um eine nahegelegene Möglichkeit der Störung des öffentlichen Friedens gehandelt habe, und hält eine solche für umso notwendiger, als das Gedicht aus einer anderen, fernliegenden Zeit stamme, nur bezweckt habe, plühere Einstellungen weckzuerufen und endlich den Lesern des „Proletarier“ auch längst bekannt gewesen sei und schon daher nicht Gewalttätigkeiten habe anzuregen können. Die letzteren Ausführungen richten sich gegen die getroffenen tatsächlichen Feststellungen und entziehen sich der Nachprüfung des Revisionsrichters. Im Uebrigen kann hier unerörtert bleiben, ob zur Anwendung des § 130 cit. die Feststellung einer nahegelegenen Möglichkeit der Störung des öffentlichen Friedens erforderlich ist, oder ob auch schon die einer ferneren liegenden, erst bei irgend welchen Begegnungen hervorbrechende Gefahr genügt (conf. Entscheidungen Band II Seite 481, Band XV Seite 117, Band XVII Seite 309, Rechtsprechung Band VIII Seite 783), denn es kann nach dem ganzen Inhalte des Urteils nicht zweifelhaft sein, daß die Vorinstanz bei ihren Feststellungen nur an das Vorhandensein einer, zur Zeit der Publikation des Gedichtes gegenwärtigen, mihin einer nahegelegenen Möglichkeit der Störung des öffentlichen Friedens gedacht hat. Wenn nämlich die Vorinstanz hervorhebt, die Gefährlichkeit der Publikation an einem Orte wie Langenbielau, wo sich eine große Anzahl von Webern befände, welche mit ihrem Lose unzufrieden seien, und zu einer Zeit, in welcher dort Notstand herrsche, müsse sich jedem verständigen Menschen aufdrängen, so kann sie damit nur die gegenwärtige Lage und Zeit der Weberbevölkerung von Langenbielau im Auge gehabt haben und nichts anderes, als eine Gefährdung des öffentlichen Friedens zur Zeit der Publikation des Gedichtes haben im Auge gefaßt. Die Revision war hierauf unbegründet und wie geschehen zu verwerfen.

Neurode. Proletariats Ende. Am 13. Januar Nachmittag von 5 bis 6 Uhr hat der Hausbesitzer Wilhelm Reichel aus Neurode durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Reichel hatte sich voriges Jahr ruhigeren Lebens und Beamtenberufung schuldig gemacht und ist durch das Schöffengericht von Neurode zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe sollte er am 17. Januar anreten. Es fiel ihm sehr schwer, daß er allein eingesperrt werden sollte, und mußte er also am 13. Januar Nachmittag arretiert werden. Als ihm die Abende mahzeit gerichtet wurde, war er leider schon tot. Dem 14. wurde die Nachricht der Frau, und in der Schule dem Stiefsohne durch den Schulleiter in der Weise mitgeteilt, daß sich Reichel im Gefängnis erhängt hat.

Waldenburg. Wie ein Insekt der „Volkswacht“ vom Donnerstag meldet, verstarb zu Ober-Wüstegitzdorf der Branntweinbrenner August Friebe. Derselbe war zu Anfang unserer hiesigen Bewegung der jüngste und tüchtigste Kämpfer unserer Partei. In einem Alter von 17 Jahren widmete er sich dem Bergbau und wohnte im ehemaligen Steiger Wolfjäger Hause hieselbst, wo er von einem ebenfalls dort wohnenden Arbeiter S. bei seinen Steigern als Sozialdemokrat benannt wurde und dadurch der Arbeit verlustig ging, weshalb er sich in seine Heimat begab, um das Landwirtsch. zu erlernen. Nachdem die Zeitzeit vorüber, fand er auf's Neue auf einer Hermsdorfer Grube Beschäftigung, wo er bei Verwandten des oben genannten Arbeiters Wohnung fand, und da er auch hier wieder ein reger Agitator war, wurde er dort, so wie hier in die Zeit des Ausnahmestandes gelogt, wegen Verbreitung des Antisemitismus angeklagt und erhielt dafür eine lebenswöchentliche Haftstrafe, welche er in hiesiger Strafanstalt verbüßte. Da er darauf wieder gezwungen war, die hiesige Gegend zu verlassen, begab er sich abermals zu seinen Verwandten nach Rappenberg, um dort einer anderen Beschäftigung obzuliegen. Mit anderen Papieren ausgestattet, betrat er wieder unseren Industriebezirk — diesmal aber auf der anderen Seite des Striehes — und fand ein Unterkommen in der Rauschischen Brauerei und Branntweinbrennerei in Ober-Wüstegitzdorf. Da er sich hier geborgen fühlte, gründete er ein eigenes Heim, welches er nur wenige

Jahre genießen sollte, denn hier erlöste ihn der Tod vom ewigen Leben. Daß er auch hier seine Kräfte ebenfalls in den Dienst der Partei stellte, beweist wol die Tatsache, daß er zum Vorstände des Arbeitervereins gehörte. Der brave Kämpfer unserer Partei, an dessen unentwegter Agitation sich jeder Genosse ein Beispiel nehmen kann, er ruhe in Frieden! Prometheus.

Leben. Pfändung bei einem Gerichtsvollzieher. In einer kleinen Kreisstadt Niederschlesiens ist, wie man mitteilt, jüngst der jedenfalls seltene, aber ebenso interessante Fall vorgekommen, daß der eine der beiden Gerichtsvollzieher beim anderen eine Pfändung vorzunehmen beauftragt war und dieselbe auch ausgeführt hat.

Neustadt OS., 10. Januar. Die zu heut Nachmittag um 3 Uhr im Reichslokale, Wiesenerstraße, einberufene „Allgemeine Männer- und Frauen-Versammlung“ erfreute sich eines so zahlreichen Besuches, daß der zur Verfügung stehende, leider noch zu beschränkte Raum gänzlich gefüllt, und vielen Anwesenden es deshalb garricht mehr möglich war, der Versammlung beizuwohnen. Der Einrufer, Genosse Schwaube, eröffnete um 3 1/2 Uhr die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung, die als ersten Punkt: „Die Sozialdemokratie und ihre Ziele“ (Referent: Genosse Feldmann aus Langenbielau), als zweiten: „Diskussion hierüber“ und als dritten Punkt: „Beischiedenes“ hatte, schritt man zur Wahl des Bureau's, und wurde Genosse Aug. Zimmer (Neustadt) als Vorsitzender, Genosse Schubert (Ziegenhals) als dessen Stellvertreter und der Buchrunder, Genosse Fr. Müller, als Schriftführer gewählt. Der Vorsitzende erteilte dann dem Genossen Feldmann das Wort zu Punkt I der Tagesordnung. Redner führte in seinem Vortrage etwa Folgendes aus: Durch das in die Hand-Arbeiten in den größeren Fabriken und Werkstätten ist es möglich, ein kolossales Quantum aller Arten Verbrauchsgegenstände zum billigen Preise zu erzeugen, desgleichen wäre Grund und Boden Deutschlands wol im Stande, seine Bewohner vollständig zu ernähren. Demgegenüber giebt es aber leider noch Tausende und aber Tausende Menschen, die nicht einmal das Nötigste an Nahrungsmitteln für ihren Lebensunterhalt erlangen können. Hier werden alle Handelsartikel aufgeschichtet, bis sie im Preise steigen; hier werden oft kolossale Getreidevorräte noch verrotten, bis zu einer Zeit, wo man diese um 10 teurer beschaffen kann; hier wird Grund und Boden statt mit dem so nötigen Getreide mit Zuckerrüben u. s. w. bebaut, weil dies Bezahren ja mehr Geld einbringt, und was sieht man dort? Der Arbeiter, durch dessen Kraft allein der Unternehmer im Stande ist, seinen Reichtum zu vermehren, er ist dazu verurteilt, auf alle Vordlichkeiten, die seine eigenen Hände errichten, Verzicht leisten zu müssen, da es ihm kein Einkommen nicht gestattet, auch nur das Nötigste hiervon zu erwerben; er ist dazu verurteilt, zu hungern mit Weib und Kind, weil er die künstlich in die Höhe gehraubten Preise für Brot und Fleisch nicht bezahlen kann; er ist teilweise dazu verurteilt, arbeits- und verlustlos sich herumzutreiben zu müssen, während Tausende seiner Artgenossen gezwungen werden, in 12- und gar 15-tägiger Arbeitszeit für zwei zu arbeiten. Die vielen industriellen Vorteile, die wir bisher erlangt haben, die großartigen Erfindungen und Entdeckungen, die in den letzten Jahrhunderten gemacht und als segneringend für die ganze Menschheit begrüßt wurden, sie sind dem Arbeiter leider ein Fluch geworden, denn ihre Ausnutzung ist nur Privilegium der Besitzenden gewesen, und je mehr sie verbessert werden, um so überflüssiger wird die menschliche Arbeitskraft. Aus diesen Gründen rufft sich die gesamte Arbeiterchaft auf, um sich einen Anteil an dem Gewinn zu verschaffen, der bisher nur den unerfälllichen Besitzenden der Agrarier und Groß-Industriellen zuzufloß. Die Sozialdemokratie sucht in Reichstag und Landtag, Stadtverordnetenversammlungen u. s. w. zu bringen, um nach Kräften für die Aufhebung der bedrängten Lage der gesamten Arbeiterchaft einzutreten zu können. Die uns so oft gemachten Vorwürfe, wir wollten teilen, die Familie und die Religion zerstören, muß jeder denkende Mensch, auch unter Gegnern, als unsinnig zerwerfen. Wir wollen z. B. Grund und Boden nicht teilen, sondern gemeinschaftlich bewirtschaften, wir wollen die Familie nicht zerstören, sondern nur die Heiraten aus materiellem Interesse aus der Welt schaffen, wir wollen nicht die Religion vernichten, sondern, um mit Friedrich dem Großen zu reden: Jeden nach seiner Fassung selig werden lassen, d. h. das Recht erwidern, seine Meinung in Religionsangelegenheiten frei äußern zu dürfen. Man macht uns ferner auch den Vorwurf, wir hielten mit unsrer Zwiaden und Zielen hinter dem Berge. Dies ist keineswegs der Fall! Unser auf dem Ernter Parteitage aufgestelltes Programm besagt klar und deutlich, was wir wollen. Den Zukunftsstaat auszumalen, haben zwar schon Viele unternommen, jedoch muß es jedem einleuchten, daß dies nur eine Phantasie sein kann, da es geradezu unmöglich ist, im Voraus hierüber etwas zu sagen. Jedenfalls aber wird alsdann kein Klassenunterschied existieren und nicht gewissen Schichten der Bevölkerung nur das Privilegium des Besitzes zustehen; mit Naturunwendigkeit spizen sich ja jetzt schon die Verhältnisse darauf zu, daß zum Schluß nur wenige Besitzende und ihnen gegenüber ein großes Heer von Proletariaten sein werden, und dies ist der größte Schritt zu unserer Ziel: Verstaatlichung von Grund und Boden, Erklärung aller Klänschen und gemeindlichen Hilfsmitteln als Gemeingut. Redner gab im engeren Rahmen nun eine Erläuterung unseres Programms, wobei er besonderes Wert auf folgende Punkte legte: wir fordern allgemeines Wahlrecht vom 20. Jahre an; Gleichgebung durch das Volk; Schöffengericht in internationalen Streitigkeiten. Bei diesem Punkte lob Redner besonders die Solidarität der Arbeiter aller Länder hervor: Die Arbeiter aller Länder werden vom Privatkapital ausgebeutet; sie haben daher ein Interesse an der Behebung von diesem Joche und reizen sich selbst über die Krone der Parteien hinweg die Brudehand zu gemeinsamer Vorgehen. Ferner wollen wir eine Verwirklichung des im Gesetz enthaltenen Anspruchs: jeder Preuze hat das Recht seine Meinung frei zu äußern; wir fordern unbeschränktes Konstitutionsrecht; Weisheit der Volksschulen; unentgeltliche Lehrmittel, Abschaffung aller indirekten Steuern u. s. w. Zum Schluß seiner Rede lobte Genosse Feldmann zu neuem Festhalten an diesen Grundsätzen auf, besonders aber dazu, eine tüchtige Arbeiterchaft zu bilden, um so den arbeitlosen Büdern Gelegen heit zur Beschäftigung zu bieten. (Auffeiltiger stürmischer Beifall.) Redner

hatte gelegentlich seiner Worte über Verkünder der Arbeitszeit den Buchdrucker-Streit erwähnt, und im Anschluss hieran meldete sich einer der in der Druckerei des „Schlesischen Volksblatt“ in Danzig beschäftigt gewesenen streikenden Schriftsetzer, Genosse Derrwig, zum Wort zu einer kurzen Erklärung über den bisherigen Verlauf des Streikes. Er betonte, daß der Streit noch lange nicht als beendet zu betrachten sei, im Gegenteil von den Ausbleibenden energisch fortgeführt würde, und richtete zum Schluß die Bitte an die Versammlung, die Ausbleibenden nach Kräften moralisch und materiell zu unterstützen. Genosse Schmitt erklärte sich dafür, Restaurants und Verkaufsstellen, die das „Schlesische Volksblatt“ auslegten oder gar darin inserieren, zu boykottieren, welche Maßnahme vom Genossen Hirschmeyer unter Hinweis auf die „gegenständige“ Tätigkeit des Neufeldter katholischen Gesellen-Vereins als schwer durchführbar hingestellt wurde. Das Schlusswort erhielt Genosse Feldmann. Er trat besonders dafür ein, Restaurants nicht zu besuchen, in denen eine Zeitung der Arbeiterpartei nicht ausliegt. Ein solcher Boykott dürfte sich aber nicht auf alle derartigen Restaurants zugleich erstrecken, sondern dieselben sollten einzeln nach und nach von Gästen entbittet werden. Auch er trat für materielle Unterstützung der ausbleibenden Buchdrucker ein. Da sich zu Punkt 3 der Tagesordnung Niemand meldete, schloß der Vorsitzende nach Aufforderung zu neuem Ausbarren um 5 Uhr 30 Minuten die Versammlung mit einem dreisprachigen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Arbeiterbewegung. Gegner waren keine erschienen. Muder.

präsidium sehr dankbar, wenn dasselbe im Interesse der öffentlichen Beruhigung uns eine diesbezügliche Erklärung zugehen ließe.

Achtung!

Diejenigen Kollegen, welche dem früheren Fachverein der Schlosser, Maschinenbauer und verwandten Berufsgruppen bis zu seiner Auflösung angehört haben, werden ersucht, in der am

Sonntag, den 17. d. M., Mittags 12 Uhr,
in **Dlafste's Lokal** stattfindenden Versammlung zu erscheinen. (Siehe das Inserat im heutigen Inseratenteil.)

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. Januar.

Heirats-Ankündigungen. I. Schneidermeister Julius Wurm, kath., Nalberggasse 6, und Bertha Pohl, ev., Delsnerstr. 27. — II. Kohlenarbeiter Carl Weiß, evangel., Vormerkerstr. 84, und Auguste Heintze kath., Neufeldstr. 57. — Sattler Ferd. Brückner, kath., Löschstr. 81, und Verba Schöpe, kath., Löschstr. 81. — Arbeiter Friedrich Pantke, ev., Paradiesstraße 19. — Arbeiter Gottfried Simon, ev., Hubenstraße 24, und Baleska Schmidt, ev., baselst. — III. Arbeiter Robert Kupke, ev., Gellhornstr. 21, und Paulina Thremer, kath., Kl. Scheinigerstraße 28. — Konditor Karl Gierzych, kath., Gr. Dreilindengasse 2b, und Ida Sitt, evangelisch, baselst. **Eheschließungen.** II. Kunstschleimermeister Josef Zwienen, kath., mit Monica Donat, kath., hier. — Maurer Julius Michal, ev., mit Hedwig Rejler, kath., hier. — Arbeiter Albert Jelsch, kath., mit Rosina Kalinke, ev., hier.

Geburten. I. Arbeiter Karl Weite, ev., S. — Schuhmacher Wilhelm Wagner, ev., L. — Fleischermeister Reinhold Jätske, ev., L. — Zuckerschneider Eduard Brauner, kath., S. — Haushälter Karl Rabblitz, evang., L. — Kaufmann Heinrich Ead, kath., L. — Perrückenmacher Richard Niebeisch, ev., L. — Schmied Wilhelm Häneler, ev., L. — Schlosser Paul

Denischel, ev., S. — Fleischermeister Ulrich Knast, ev., S. — Kleiner Josef Bilger, kath., S. — II. Kuischer Heinrich Walter, ev., L. — Arbeiter Carl Günther, ev., L. — Sattler Gottlieb Sahol, ev., L. — Hilsweihensteller Heinrich Finzer, kath., L. — Steuerrechner Carl Gockner, ev., L. — Kleiner Kasimir Jedryslak, kath., L. — Schuhmacher Franz Streß, kath., S. — Magazinarbeiter Friedrich Schiller, evangel., S. — Sattler Eduard Lange, kath., S. — Postkaffner Josef Soffner, kath., L. — Kuischer Friedrich Fein, evang., S. — Ledner Josef Paul, kath., S. — Korfenschneider Georg Schöpe, ev., L. — Schmelzer Gustav Rablitz, ev., L. — III. Buchdrucker Oscar Raabe, ev., L. — Schuhmacher August Nicker, kath., S. — Tischler August Wunder, evang., S. — Zimmermann Carl Schmähle, ev., L. — Arbeiter Richard Preisner, kath., L. — Klempnermeister Johann Wallisch, evang., L. — Telegrafistenmeister Heinrich Döring, evang., S. — Barbier und Friseur Johann Beck, kath., S. — Hilsbremser Reinhold Nebel, ev., S. — Tischler Franz Weigel, kath., S. — Buchhalter Max Hauck, ev., L. — Haushälter Traugott Hinder mitt, ev., S. — Buchdrucker Wilhelm Hahn, ev., S.

Todesfälle. III. Augustin, Sohn des Restaurateurs Stefan Beyer, 7 W. — Schuhmachermeister Carl Friedrich, 60 J. — Schuhmachers-Witwe Adolphine Böttner, geb. Sander, 51 J. — Schuhmacher Gottlieb Sande, 65 J. — Gymnasial-Oberlehrerfrau Emilie Dittich, geb. Berndt.

Briefkasten.

Redaktion für den lokalen Teil.

Unsere Korrespondenten ersuchen wir, bei ihren Einsendungen niemals Redewendungen zu gebrauchen, wie z. B.: gestern, vorigen Mittwoch, morgen Abend, heute früh u. s. w. Wir ersuchen stets um Angabe des Datums! **H. A., Wawitsch.** 1. Sobald Sie nachweisen, daß Sie vor Februar 1891 so viele Wochen gearbeitet haben, als im Januar 98 noch an 141 fehlen. 2. Die Behörde muß eine neue Karte ausstellen, sobald Sie Ihre Krankheit während jener Dauer durch Attest nachweisen. **H. F. Kleinwarthau.** Zeichnen Sie sich, sobald Sie noch keinen Berechtigungsausweis haben. **G. S. Strehlen.** In der Regel ist das nicht rätlich. Es kommt darauf an, aus welchem Grunde die Versammlung verboten wurde. Der Beschneidungsbeweg ist der beste. Derselbe Verlechte erwünscht!

Nachtrag.

Unerhört! Von unbeteiligter Seite wird uns zu unserer gestrigen Notiz unter obiger Spitzmarke geschrieben, daß die Tatsache an sich richtig dargestellt wurde, daß aber der Besuch des Politischen nicht den Kandidaten zu den Gewerbeerichtswahlen oder wenigstens nicht allen galt. Mehrere Personen, über welche Erkundigungen eingelegt wurden, waren keine Kandidaten, dafür blieb ein Kandidat ungeschädigt. — Ja, was in aller Welt wird aber dann mit diesen Erkundigungen bezweckt? — Wir wären dem Politischen

Wer!
Möbel, Spiegel und Polsterwaaren, Herren- u. Knaben-Garderobe,
billig und gut
auf Abzahlung
kaufen will,
wende sich vertrauensvoll an das bestrenommierte
Breslauer Waaren Credithaus
Nur
Altbücherstr. 10, 1. Etage,
vis-à-vis der Magdalenenkirche.

Cigarren
aus guten amerikanischen Tabaken hergestellt,
3 Stück 10 Pf., Stück 5, 6, 7, 8, 10 Pf. und höher,
echt russische und türkische
Gigaretten,
Rauch-, Stav- u. Schnupftabak,
Rauch-Requisiten
zu billigsten Preisen.
A. Storek,
Schuhbrücke 58
(Ecke Kupferschmiedestr.)

Gräben bei Striegau.
Meinen werten Kunden zeige hierdurch ergebenst an, daß ich jetzt in **Gräben** beim Gasthausbesitzer Herrn Schubert wohne.
Karl Wenzel,
Schuhmachermeister.
Arac, Rum und Cognac
selbst importiert, in allen Preislagen, en gros & en détail.
f. Punsche:
Banane-, Fungunder-, Kaiser-Wetz u. Punsch, Glühwein, Likör und Groggessenzen
f. Original- und Tafel-Liqueure:
Annaburger Klosterbitter, Mandarinen Ginger, Nachod, Benedictiner Chartreuse, Kaka, Curacao,
Alter Breslauer Korn mit Wein abgezogen
1890er Johannisbeerwein, selbst geteilt, ohne jeden Spritzzusatz, billiges, köstliches, erfrischendes Getränk, eignet sich vorzüglich zu Bowlen,
Ia. Brombeer-, Himbeer-, Johannisbeer-, Kirschen- und Zitronen-Syrup, Eßigsprit, f. Frucht- und Weinestg.
f. Tafelmusik
empfiehlt
Hermann Seidel,
Verkaufsstellen: Ring 27 im Ausschank im Hausflur im Comptoir im Hofe.

Arbeiter! Genossen!
Auf Abzahlung
geb. Schlagsregulator, sowie Herren- und Damen-Reinigungs- und Poliermittel für 20 Mark (gewöhnlicher Preis in anderen Geschäften 30 Mark) unter zweijähriger schriftlicher Garantie.
Gold- und Silberarbeiten, Möbel aller Art, Herren- und Damen-Garderobe sehr billig.
Karl Mickulke,
Altbücherstraße 39, partier.
NB. Bestellungen bitte mit Brieflich zu übersenden, da ich den Tag über stets geschäftlich von zu Hause abwesend bin.

Möbel-Tischlerei
und Lager selbstgefertigter Möbel in allen Holzarten, silberrechte Ausführung und solide Preise
empfiehlt
C. Florian & E. Blase,
Tischlermeister,
Mathiasmarkt 3 und Kupferschmieds-Straße 11.

H. Gummich's Sargmagazin
Nr. 4. Messergasse Nr. 4.
empfiehlt sein großes Lager von Särgen in jeder Ausführung zu ausnahmsweise billigen Preisen.

Deil Sumatra F Vollblatt
1 Pfund 3,50 Mk., bei 5 Pfund 3,30, bei 10 Pfund 3,20 Mk.
schwarz unter 1 1/2 Pf. — feuerige Braun-Farbe — Qualität und Brand vorzüglich offeriert als Gelegenheitskauf.
Kemmler Nachf., Friedr.-Wilhelmstr. 2.

Arbeiter!
kaufen am allerbilligsten
Hamburger Lederhosen,
Socken, Jacken, Blousen, Unter-Beinkleider, Socken, Gamschuhe, Chemise, Cravatten und sämtliche Futterartikel zu billigen, aber festen Preisen bei
Anton Pohl, Vorwerkstr. 20.

Der wahre Jakob 143,
illustriertes soziald. Witzblatt.
Preis 10 Pfg.
zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.

Bekanntmachung.
 Sonntag, den 17. d. M., Mittags 12 Uhr
 findet eine
öffentliche Versammlung
 der Schlosser, Maschinenbauer, Dreher usw., im Saale des Restaurant
 Olschitz, Gräbschenerstrasse 74, statt. Tagesordnung: 1. Die Gewerbeberichte.
 2. Vorschläge der Kandidaten zu denselben. 3. Das Gewerkschaftsstatut.
 Referent Schütz. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Einberufer
 Entree 10 Pf.

Das Stiftungs-fest
 des Vereins deutscher Schuhmacher
 (Zahlstelle Breslau.)
 verbunden mit Tanz und humoristischen Vorträgen findet
 Sonntag, den 17. d. Mts.
 im Cafèrestaurant Carlstrasse 37 statt.
 Anfang 6 Uhr. Entree an der Kasse 60 Pf. Im
 Vorverkauf Billets à 50 Pf. zu haben bei den Mitgliedern,
 sowie im Vereinslokal Kleine Gröbchenstrasse 15 bei Herrn Zabel.
 Gäste willkommen. Es ladet ergebenst ein
Das Komitee.

Ohlau.
 Sonntag, den 17. Januar, Nachmittag 3 Uhr, im
 im Hofhaus zum „weißen Ross“:
Öffentliche Partei-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Berichterstattung der Delegierten vom schles.-pommerschen Parteitag.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Achtung!
 Alle in der Gas- und Wasserleitungsbranche beschäftigten Rohrleger
 (Monteur), Schlichter, Wänter und Arbeiter werden hierdurch aus-
 gefordert zur **öffentlichen Versammlung** am **Montag,**
 den 18. Januar, Abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Wanzek (früher
 Pilsch), Gartenstrasse 23e zu erscheinen. — Im Interesse eines jeden sowie
 der ganzen Sache, ist es Pflicht und Ehre, das Jeder vertreten sei.
 Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Anschluß an das Gewerkschaftsstatut.
 2. Erweiterung unserer Organisation. 3. Diskussion, Verschiedenes.
Der Einberufer.

Deutscher Tischler-Verband
 Zahlstelle Breslau.
 Montag, den 18. Januar cr., Abends 8 Uhr, im kleinen Saale des
 Residenz-Theaters Nicola-Strasse 27, I Etage.
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Contoabrechnung. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Lokalverwaltung.
 4. Verschiedenes. Legitimation durch Mitgliedsbücher.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Gewerbegerichts-Wahlen.
Grosse Versammlung
 sämtlicher Gewerkschaften Breslau's
 Dienstag, den 19. Januar 1892, Abends 8 Uhr
 im Wanzek'schen Lokale Gartenstrasse 23e.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Entree 10 Pfg. **Die Commission.**

Striegau.
 Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler
 u. a. gew. Arbeiter.
 Sonntag, den 21. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr
 im Schulhaus „zum Lamm“,
Mitglieder-Versammlung.

Robtabake!
Seydel & Junghans
 Carlstr. 90 (gold. Türchen).
 Empfohlen in billigen Preisen
 Sumatras, Caracas, Brasil, Pfälzer
 und alle andere Sorten Tabak, sowie
 Grüns in bekannten Sorten.
 Verkauf auch im Einzelnen.
 Auf Beibücher 3 pSt. Diskont!

Billigste Bezugsquelle
M. Wartenberg,

Billigste Bezugsquelle für Cigarren.
 Offerire in nur guter Qualität und bei promptester Lieferung:
Sumatra-Cigarren.
 vorzüglich brennend, in 1/10 Kisten 2,00 Mk., 2,50 Mk. u. 3,00 Mk.
 Rein amerik. Mischungen in 1/10 Kisten 3,00 Mk. und 4,00 Mk.
 Feinster Belg.-Brasil per 1/10 Kiste 4,50 bis 6,00 Mk.
 Geschnittene u. ungeschnittene Rippen billigst.
Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner.
 Fabrik und Hauptgeschäft:
 Breslau, Rossplatz 11, am Odeonbahnhof.
 Filialen: Schloßstr. 1, Hammerstr. 35, Friedrich-Wilhelmstr. 4, Klosterstr. 28a

F. J. Wiedersich,
Bäckerei, Schreinerstrasse 41
 offerirt:
 4 Pfund Roggenbrot 62 Pfennig.
 4 Pfund Hausbrot 59 Pfennig.
 6 Commisbrot à Stück 38 Pfennig.
 Feine Semmeln, Schrippen, Kuchenwaren.
 Brot-Niederlagen werden vergeben und dem Publikum bekannt gemacht.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.
 Den geehrten Rauchern empfehle ich
gutgelagerte Cigarren
 zu 3, 4, 5 u. 6 Pf. das Stück, vorzüglichster Brand, feinsten Geschmack.
 Candy, Kau- u. Schnupftabak in nur guter Waare.
Richard Korth, Gräbschenerstrasse No. 11
 Preuss' Brennerel.

Robtabake
 verkaufe ich gegen baar zu Spottpreisen, um mein übergroßes Lager zu räumen.
Caracas groß und fein brennend, per 1/2 Kilo à 1,20 u. 1,25 Mk.
Domingo fein brennend, à 0,75, 0,85, 1,05, 1,15 und 1,20 Mk.
Brasilis feine per 1/2 Kilo.
Pfälzer leicht und gut brennend, à 60, 65, 68, 70, 80 und 85 Pf.
Uckermärker einblatt und Einlage-Blatt 70 u. 75 Pf.
Sumatras Auswahl von 22 Sorten, per 1/2 Kilo à 1,50, 1,60, 2,00, 2,50, 3,00, 3,40, 3,50 bis 5,00 Mk.
 Ebenso billig bin ich in allen anderen Tabaksorten. Gegen gute Referenzen oder Bürgschaft verkaufe auch auf Ziel.
Albert Kramolowsky
 Breslau, Ring 60.

August Heyne,
Robtabak-Handlung
 Leipzig, Berlin, Breslau, Chemnitz.
Breslau, Carlstr. 27,
 zur Sechschule,
 offerirt alle Sorten Robtabak zur Cigarrenfabrikation in bester
 Waare zu billigsten Preisen.
 Staubfreien Grüns à 40, 50, 55, 60 und 80 Pfennige.
 Breslau, Carlstr. 27. zur Sechschule, Breslau.

Wegen Umbau des Geschäfts
Grosser Ausverkauf.
P. Knopf, Gräbschenerstrasse 25.
 Ecke Holteistrasse
 Räumung des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen in:
Arbeitersachen.
 Hemden, Blusen, Hamburger Lederhosen, blaue Arbeiterjaquets, Männer-
 hemden, v. 78 Pf. an. Frauen- und Kinderhemden in grosser Auswahl, v.
 39 Pf. an bis zu den besten Qualitäten. Herren-Anzügen und Mädchen-
 Kleider. Eine Partie zurückgesetzte Herren-, Frauen- und Kinderschuhe, mit
 kleinen Fehlern, werden zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft.
Großes Lager von Kleiderstoffen.
P. Knopf.
 Gräbschenerstrasse 25. Ecke Holteistrasse.

Das Geheimnis der Luft!
 Karollthel Abendlich
 Bleibst Du ein Räsel wunderbar!
 Der Luft Geheimnis ward dem Klügsten,
 Der Dich gesehen doch nicht klar!
 Ja, ja die Luft! Sie hat es in sich!
 Dem bringt sie Glück und Heilung her,
 Dem Andern aber ganz unvorhergesehen
 Des Schnupfens und der Sacht Malheur;
 Drum sei's nicht in die Luft gesprochen;
 Zufahrt muß jeder Ballot sein!
 Gold-Plerundstebzig liefert solche
 Seit riesig billig, aber fein!

Jetzt im Ausverkauf.
 Herren-Winter-Vallets von
 10 Mark an, Ia. wie auch
 Maas gefertigt von 18 Mark
 an, Schwaloffs mit Pelletins,
 Herren-Herbst-Anzüge von
 10 Mark an, feine Winter-
 Anzüge von 10 Mk. an, Braut-
 Anzüge in Tuch und Samtgarn
 von 25 Mark an, sehr gute
 von 33 Mk. an, Herren-Jaquets,
 von 5 Mk. an, Winter-Jaquets
 mit Wollfutter von 8 Mark an,
 Schlafrocke von 8 Mark an,
 Herren-Barain-Josen v. 5 Mk.
 an, gute Winter-Josen von
 5 Mark an, Hosen und Westen
 von 6 Mark an, moderne von
 8 Mk. an, Knab.-Winter-Vallet
 mit Gehalt v. 3 Mk. an, Anzüge
 für j. Alter von 2,50 Mark an,
 Kellner-Grades und Anzüge.
 Versandt nur unter Zahlungs-
 Umtausch bereitwill. jed. Zeit.
„Goldene 74“
 1. Etage, Ohlauerstr. 74, 1. Etage.

Als Gelegenheitsgeschenk
 empfehle ich
Goldene Damen-
Schlüssel-Uhren,
 15 Mark an,
Goldene Damen-
Renn-Uhren,
 24 Mark an,
 Alte silberne
Schlüssel-Uhren,
 6 Mark an,
Spring-Regulator
 90 Ctm. lang, 15 Pf. an,
Grü-Regulator,
 90 Ctm. lang, 12 Pf. an,
Reiter-Uhren 5 Pf.
 sowie alle Arten
Wand-Uhren
 empfehle zu billigen Preisen unter
 dreijähriger Garantie.
 Großes Lager von
 Gold- und Silber-Sachen,
 Ringen, Medaillons, Garnituren,
 Kreuze, goldene Kranzinge
 von 6 Mark an u. s. w.
 Auch werden alte Uhren, Gold- u.
 Silber-Sachen gekauft und selbige
 mit in Zahlung genommen.
 Wiederverkäufer hohen Rabatt.
Josef Klein,
 Kupferstr. 18.

Genossen.
 Offerire jedem Partei-Genossen
 vor dem Chausseure gute reelle
Cigarren,
 à Stück 6, 5, 4 Pf. 3 u. 4 zu 10 Pf.
Paul Götter,
 Cigarrenmacher, Bülowstr. 24.